

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amtesliches Kreisblatt für den Kreis Grevenbroich-Neuß

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Beilagen: „Katholische Kirchenzeitung“, „Feldpost und Heimat“, „Die Frau und ihr Heim“, „Unterhaltung und Wissen“, „Ernährung und Landwirtschaft“, „Sport vom Sonntag“ und die illustrierte Beilage „Heimat und Welt“.



Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Anzeigenpreis: 1 mm Höhe bei 27 mm breiten Anzeigenzeilen 12 Pfennig, für Familienanzeigen, Stellenangebote bei sofortiger Bezahlung 10 Pf. Lokale Anzeigen 10 Pf. Anzeigen 1 mm Höhe 24 mm Breite 60 Pfennig. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Neuß Nr. 2558, Reichstr. 2063, Zweigstelle Grevenbroich Nr. 2594. Hauptgeschäftsstelle Neuß, Niederstraße 46, Zweigstelle Grevenbroich, Breitenstraße 22. Reichsbank-Giro-Konto. Volkshaus-Konto 41 500.

Nr. 235

Hauptverteilung:
Dr. Heinrich Staab.

Neuß, Donnerstag, 9. Oktober 1930 (Dionysius)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei Neuß.

57. Jahrgang

Sozialdemokratische Selbstkritik.

Wahlsieg der Verzweiflung. — Bürokratische Vertikung. — Treue der Zentrumswähler. — Um die Seele der katholischen Arbeiter. — Mut zur Mitarbeit!

Von Dr. Emil van den Boom (M.Glabbech).

In der Beurteilung des Wahlergebnisses vom 14. Septbr. und der dadurch geschaffenen eigenen Lage hat sich in den letzten Tagen innerhalb der Sozialdemokratie ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen. Obwohl der Wahlausgang für die Partei einen glatten Mißerfolg bedeutete, fühlte sich deren Presse anfänglich durch denselben wenig betroffen und war durchaus optimistisch. Allmählich stellt sich jedoch der Realismus ein. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, stellt heute fest, daß die Sozialdemokratie „einen zweifellos klaren Rückschlag“ zu verzeichnen gehabt hat, des ferneren, daß „im Vergleich mit Mai 1928 die Gesamtsumme der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen von 40,4 auf 37,5 Prozent, also relativ stark zurückgegangen ist“.

Auch die freien Gewerkschaften, die sich am 14. September und vorher besonders scharf für die Sozialdemokratie ins Zeug gelegt haben, sprechen von einem „schmerzlichen Verlust“. Am offensten aber drückt sich im „Massenkampf“, dem Blatt des linken Flügels der Partei, der neugewählte Abgeordnete Max Seydewitz aus, der in einem „Der Sieg der Verzweiflung“ überschriebenen Artikel sich bitter darüber beklagt, „daß die Massen in diesem Wahlsieg nicht der Sozialdemokratie vorbeigelaufen seien und ihr Heil nicht bei ihr gesucht haben. Es ist eine besondere Tragik, daß die Massen, die das Verlangen des Kapitalismus aus dem Geleis der alten, gewohnten Bahn geworfen hat, nicht in der Sozialdemokratie den Retter und Befreier sahen.“

Im gleichen Heft des „Massenkampf“ wird die für die führenden Männer der Sozialdemokratischen Partei sehr peinliche Feststellung gemacht, daß gerade in den Stimmbezirken, wo die „Prominenten“ kandidierten, die größten Verluste zu verzeichnen gewesen seien: „Im Wahlkreis Ostpreußen, in dem Otto Braun Spitzenkandidat ist, verlor die Sozialdemokratie von rund 268 000 Stimmen 47 000 Stimmen; in Westfalen-Nord, in dem Wahlkreis Severing, verlor die Sozialdemokratie von 293 000 Stimmen 27 000 Stimmen; in Frankfurt a. M., in dem Wahlkreis des Genossen Weis, geht die Partei von 271 000 auf 31 000 Stimmen zurück; in Magdeburg, wo der Genosse Schröter wirkt, verlor die Sozialdemokratie von 391 000 Stimmen 26 000 Stimmen.“

Besonders stark sind die Verluste der Sozialdemokratie im Westen; im Wahlkreis Westfalen-Süd a. M. (Dortort Dortmund) geht die Sozialdemokratie um 66 000, auf rund 300 000 Stimmen zurück.

Diese Tatsache, die für eine Partei, die für sich die Zukunft reklamiert, mehr als eine Schlappe bedeutet, gibt dem sozialdemokratischen Hauptblatt für die Rheinprovinz, der „Rheinischen Zeitung“ (Nr. 265) Veranlassung, eine gründliche Gewissensprüfung im eigenen Hause vorzunehmen. Das Blatt schreibt im Gegensatz zu den sonst festzustellenden Beschönigungen des blamablen Wahlergebnisses mit ehrlicher Offenheit: „Wir müssen uns klar vor Augen halten, daß wir ausgerechnet in einem Wahlkampf zurückgefallen sind, der wahltechnisch die allerbesten Aussichten bot. Seltener ist die Partei mit besseren Parolen in den Kampf gegangen, seltener hat sich die Mitgliedschaft leidenschaftlicher, hingebender, glänzender geschlagen, seltener war die Zurechtweisung größer — und dennoch ein Fehlschlag!“ — Sie Sozialdemokratie hätte rund 78 000 Stimmen, d. h. 10 Mandate ein. Seit der Nationalversammlung beträgt der Rückgang 42 Mandate. — Im alten Reichstag hatte die Sozialdemokratie rund 30 Prozent der Mandate inne, im neuen verfügt sie nur noch über 25 Prozent derselben. Von 9,15 Millionen im Jahre 1926 sank die Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen auf 8,57 Millionen im Jahre 1930. Dagegen stieg die des Zentrums von 3,7 auf 4,1 Millionen. Das Zentrum gewann 418 000 Stimmen = 11,2 Prozent seiner Gesamtstimmzahl von 1928, und die Bayerische Volkspartei 118 000 Stimmen = 12 Prozent. Die beiden Parteien zusammen erhielten 1930 531 000 Stimmen mehr als 1928. Das ist ein Plus von 11,4 Prozent gegenüber 1928 und ein Gewinn von 9 Parlamentssitzen.

Was nun die Hauptursache für die sozialdemokratische Wahlschlappe angeht, so bekennet die „Rheinische Zeitung“ unumwunden: „Unser Fehler ist es gewesen, daß wir nur an die Organisationen und nicht auch an die Wähler gedacht haben. Geben wir es offen zu, unser Agitationsbetrieb ist vielfach bürokratisch verfaßt und wird mehr nach dem Terminkalender als nach den lebendigen Bedürfnissen des Augenblicks gemacht. Wir feiern den 1. Mai, den 11. August, den 9. November, wir haben unsere Parteiverbände, unsere Frauenverbände, unsere Reichsarbeiterportale, laufen aber dabei Gefahr, bei der Ausnutzung der Termine die lebendigen, politischen fruchtbaren Anlässe außer acht zu lassen.“

Diese Geständnisse einer rückwärtslosen Selbstkritik sind deutlich. Die Sozialdemokratie ist tatsächlich zu einem großen Parteiapparat geworden, in dem weniger

der Wähler und das Parteimitglied als der „Funktionär“ dieses Apparates zu bestimmen hat. Solcher Apparat — Beamten der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderer Spartenorganisationen — dürfte heute die Partei 70–80 000 zählen, die fast ausschließlich der Organisation und Arbeit Ziel und Richtung geben. Darüber, d. h. die Herrschaft der Parteistellen auf Kosten der freien Meinungsäußerung der Mitglieder, sind gerade in den letzten Jahren aus den Kreisen dieser vielfachen Klagen laut geworden. Ist es nicht naheliegend, daß auch über diese Vorherrschaft der bürokratischen Organisation und der Apparatenmenschen das ungünstige Wahlergebnis die Dittung gewesen ist?

Um so erfreulicher ist das Wahlergebnis der Zentrumsparterie, und um so bedeutungsvoller ist es, wenn man sich die nachstehenden Worte der „Rhein. Zeitung“ vor Augen hält: „Das Zentrum ist mit der ungeheuren Last der Notverordnungen, der Verschärfung der Arbeitslosenversicherung und dem Angriff auf die Krankenkassen in den Wahlkampf gegangen. Und dennoch hat das Zentrum gewonnen.“ Das Zentrum hat die Rücke, die die Wahl 1928 in seinen Reihen gerissen hatte, wieder geschlossen. Was das heißt, kann man am besten daraus erkennen, wenn man an die gewaltigen Vermehrungen der Sozialdemokratie gerade in den letzten Jahren denkt, die Seelen der katholischen Arbeiter für sich zu gewinnen und diese dauernd an die Partei zu binden. Die Sozialdemokratie hat gerade hier eine ausgesprochene Niederlage erlitten, die umgekehrt einen vollen Erfolg des Zentrums besagt.

Führung tut not.

Das Regierungsprogramm ein Anfang.

Der Sinn des Regierungsprogramms.

30 Gesetze sind nötig.

Berlin, 9. Okt. (Eigene Meldung.) Zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung ist den Blättern zufolge die Ausarbeitung und parlamentarische Verabschiedung von 30 Gesetzen erforderlich. Mit der Ausarbeitung dieser Gesetze, die bevor sie dem Reichstag und dem Reichstag zugehen, noch das Kabinett passieren müssen, ist man gegenwärtig beschäftigt. An erster Stelle steht das Gesetz über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1931, das u. a. auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Ueberbrückungskredits enthält.

Der „Deutsche Weg“ kennzeichnet Sinn und Aufgabe des Regierungsprogramms mit folgenden Worten, die jedem, der den Ernst der Stunde begreift, über alle Einzelheiten hinweg einleuchten müssen:

Die Verpflichtungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, einschließlich der Beamtengehaltszahlungen, müssen auf andere Weise sichergestellt werden durch fähbare Herabsetzung der Ausgaben. Andernfalls ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, die Beamtengehälter auszuzahlen und Kredite gibt es zu diesem Zwecke auch nicht mehr. Nur starke Abstriche an den laufenden Ausgaben eröffnen Aussicht auf einen „Ueberbrückungskredit“, der das neueste Defizit von 4 Milliarden in drei Jahren abdecken soll.

Der Sinn des Regierungsprogramms ist zweitens: die öffentlichen Mittel dürfen nicht schrankenlos für wirtschaftliche Zwecke für die Schäden der Wirtschaftskrise aufgewandt werden. Die Heilung muß von innen heraus, von der Gesundung der Wirtschaft kommen. Daher Beschränkung der Arbeitslosenfürsorge auf die Fälle der Bedürftigkeit in der Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtsfürsorge, Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch Beitragserhöhung mit gesetzlich begrenzter Reichshilfe.

Drittens sollte die Ankurbelung der Wirtschaft durch Erleichterung der Kapitalbildung und Senkung des Preisniveaus auf dem Weltmarkt erreicht werden. Dazu sei Lohn- und Preissabau nötig. Der Staat könne sie nicht durchführen, sondern nur durch Verminderung der öffentlichen Lasten vorarbeiten. Gelingen diese groß angelegte Aktion, so gleiche sich Gehalts- und Lohnföhrung aus. In der Uebergangszeit seien große Opfer erforderlich.

Reichsverband der Industrie für Finanzplan.

Berlin, 8. Okt. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich heute in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das Blatt wird auch wiederum im „Massenkampf“ in einem Beitrag: „Was lehrt uns die Bewegung der Zentrumsstimmen?“ offen zugegeben, wo man wirklich lesen kann: „Unser Wahlsieg von Mai 1928 war zum guten Teil errungen auf Kosten des Zentrums. Zum erstenmal war damals unserer Partei ein beachtlicher Einbruch in die Reihen des Zentrums gelungen. Mit Recht war die ganze Partei stolz darauf. ... Heute ist dieser Erfolg zum größten Teil vernichtet. Das Zentrum, das 1928 von 69 auf 62 Mandate zurückging, zieht jetzt wieder mit 68 oder 69 Mandaten in den Reichstag ein. ... So sehen wir heute, daß ein großer Teil dieser Wähler wieder zur Zentrumsparterie zurückgekehrt ist. Diese Menschen zum zweitenmal dort zu lassen, wird — mindestens unserer Partei — ungleich schwieriger sein, als es bisher war. Das erscheint uns betrüblicher, als der Verlust der Stimmen an sich.“

Das alles sind überaus wertvolle Geständnisse, die den katholischen Arbeitern alle Ehre machen. Die Durchschlagskraft der Zentrumsargumente hat auch am 14. September über sozialdemokratische Taktik und Wahlmacht gesiegt.

Für die nächsten Tage kommt es nun darauf an, daß die Sozialdemokratie aus der durch den 14. September geschaffenen Situation die praktischen Folgerungen in vollem Maße zieht. Wenn nach sozialdemokratischem Geständnis selbst es sich für die nächste Zeit um nichts Geringeres als den Bestand des Staates und der Demokratie handelt, dann sollte die Partei auch den Mut zu einem echten Verantwortungsgesühl und zu einer von gründlichen Reformen erfüllten parlamentarischen Mitarbeit aufbringen. Bei den freien Gewerkschaften scheint nach einer Verlautbarung in ihrem Organ, der „Gewerkschaftszeitung“, hierfür vollstes Verständnis vorhanden zu sein. Für die Betätigung von Staats- und Wirtschaftsverantwortung gibt der Sozialdemokratie das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung Bräutigam und dessen Behandlung im Reichstag gründliche Gelegenheit.

lichen Präsidialföhrung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt. Nach seiner Ansicht ist der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung als ein erster Schritt zu würdigen, die öffentlichen Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen und die deutsche Wirtschaftspolitik den Verhältnissen anzupassen. Der Plan ist geeignet, das öffentliche Vertrauen wieder herzustellen, wenn er tatkräftig durchgeführt werde und alle Volksteile in dem Wunsch einig seien, unter Vermeidung von Experimenten den völligen Wirtschaftszusammenbruch abzuwehren.

Es sei nicht Aufgabe des Augenblicks, zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen, und auf die an manchen Stellen vorhandenen Lücken und Unstimmigkeiten hinzuweisen. Der Grundgedanke des Programms, daß in erster Linie unter äußerster Sparamkeit und unter Eindämmung der wirtschaftsschädigenden Steuern eine zielstrebige Gestaltung der Finanzpolitik und vollständige Ordnung der Finanzen geschaffen werden muß, sei wichtig. Das kann nur erreicht werden, wenn die öffentlichen Ausgaben denjenigen Einnahmen angepaßt werden.

Die Wiedereinföhrung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß sei nur möglich, wenn die Höhe der öffentlichen Ausgaben und aller Bestandteile der Produktionskosten nicht mehr hemmend im Wege stehe. Nur so könne auch der Preissabau der Verbrauchsgüter und Produktionsmittel verwirklicht werden. Neben der Einschränkung der Personalausgaben in der öffentlichen Verwaltung sei dabei eine der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges angepaßte Herabsetzung der Löhne und Bezüge aller in der Privatwirtschaft Tätigen wichtigste Voraussetzung. Wenn es gelingt, auf diesem Wege die Produktionskosten zu vermindern und den Preissabau zu sichern, bedeutet die Herabsetzung von Lohn und Gehalt keine Verminderung der Kaufkraft und keine Beeinträchtigung der Lebenshaltung, vielmehr Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Gewerksleben und Erhöhung der Kaufkraft. Die Verwaltungs- und Verfassungsreform sei von entscheidender Bedeutung und dürfe nicht aufgeschoben werden. Die Förderung der nationalen Wirtschaft bedinge nicht nur die Pflege des inneren Marktes, sondern auch die Fortführung der Handelspolitik auf der bisherigen Linie. Ordnung der öffentlichen Finanzen und die Beseitigung der Schwachpunkte der deutschen Volkswirtschaft sei auch die Voraussetzung für eine vernünftige Reparationspolitik mit dem Ziele, die deutschen Verpflichtungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Der Deutsche Beamtenbund zum Regierungsprogramm.

Berlin, 8. Okt. (Eigene Meldung.) Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes befahl sich eingehend mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung und legte seine Stellungnahme in einer Entschließung nieder, in der er u. a. darlegt, ohne Revision des Finanzplans

sei eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands unmöglich. Er weist die Behauptung zurück, die Besoldungsreform von 1927 habe den Beamten mehr gegeben als begründet war. Er erklärt demgegenüber, die beabsichtigte Gehaltsföhrung sei unberechtigt, in ihrer Form unsozial und werde daher abgelehnt. Die gegen die Beamten der Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften geplante Sondergesetzgebung mit ihrem verfassungsändernden Charakter führe zu unerträglichen Härten und sei abzulehnen. Die auf Preisabbau gerichteten Maßnahmen hätten bisher noch keinen bemerkenswerten Erfolg gehabt. Die Beamenschaft müsse das dringende Ersuchen an die Reichsregierung richten, ihre Machtmittel nachhaltiger als bisher dem Ziel des Preisabbaus dienstbar zu machen. Auf lästige Mitwirkung bei der Durchführung aller hierzu erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch die Beamenschaft könne die Regierung rechnen.

Keine Verschleppungen!

Es muß gespart werden.

Das Volk schaut zu, wer zum Sparen aufschwingt und wer sich mit Redensarten vorbeidrikt.

Schlechtes Beispiel des Parlaments.

150 000 Mark besondere Diäten im Jahre!

Berlin, 8. Okt. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage einer anderen Regelung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten. Der Beratung zugrunde lag ein Antrag der Wirtschaftspartei für Ausschüsse, die an Plenarsitzungsfreien Tagen keine besonderen Entschädigungen zu zahlen.

In der Aussprache wurde festgestellt, daß im Jahre 1927: 145 000 Mark, 1928: 171 000 Mark und im Jahre 1929: 150 000 Mark für solche Ausschüsse an besonderen Diäten gezahlt worden seien. Da in dem neuen Finanzprogramm eine Kürzung der Abgeordneten diäten um 20 Proz. vom 1. April 1931 vorgesehen sei, sei zu erwägen, ob man nicht zunächst abwarten wolle, wie der Reichstag die Frage entschieden habe. Zu einer Beschlußfassung kam es noch nicht. Die Diätenanträge wurden vielmehr einem Unterausschuß überwiesen.

Der Unterausschuß des Landtags beschloß, dem Hauptausschuß des preussischen Landtags die Verschlebung der Beratung der Diätenfrage vorzuschlagen, bis das Plenum des Landtags sämtliche Anträge darüber dem Ausschusse überwiesen habe, damit dann eine Gesamtreform vorgenommen werden könne.

Ein nachahmenswerter Beschluß.

Stadtverordneten diäten für Kinderbespeisung.

Elberfeld, 8. Okt. In der Stadtratsitzung wurde bekanntgegeben, daß jeder fünfte Einwohner von Wuppertal Unter-

Unstimmigkeiten in der sächsischen Steuerverwaltung?

Dresden, 9. Okt. (Eig. Meldung.) Nach der „Vossischen Zeitung“ haben die Sozialdemokraten im Landtag einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt, der merkwürdige Vorgänge bei der Steuererhebung in Sachsen untersuchen soll. Mehrfach soll Mietszinssteuer für vermietete Gebäudeteile nicht beim Grundstücks-eigentümer abgeholt worden sein, obwohl dieser die Steuern von seinen Mietern erhalten habe. Die Sozialdemokratie schiebt die Schuld hieran dem früheren wirtschaftsparteilichen Finanzminister Weber zu. Dem Antrag auf Einsetzung des Ausschusses muß stattgegeben werden, da die Sozialdemokratie über ein Drittel der Abgeordneten verfügt, während bereits ein Fünftel genügt.

führung erhält. Es wurde der nachahmenswerte Beschluß gefaßt, keine Sitzungsgelder für Stadtrats- und Ausschußmitglieder mehr zu zahlen. Die ersparten Diäten sollen zur Speisung von Schulkindern verwandt werden.

Keine Ministerpensionen in Braunschweig?

Braunschweig, 7. Okt. Die Landtagsfraktion der bürgerlichen Einheitsliste beabsichtigt die Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes, der die Aufhebung des braunschweigischen Ministerpensionsgesetzes vorseht. Die Minister in Braunschweig sollen in Zukunft keine Pension mehr bekommen, sondern lediglich ein auf die Höchstdauer eines Jahres beschränktes Uebergangsgeld, das ihnen die Rückkehr in ihren bürgerlichen Beruf erleichtern soll.

Das Oberbürgermeistergehalt in Königsberg.

Königsberg, i. Pr., 8. Okt. In der heutigen Stadtverordneten-

sitzung wurde Dr. Rohmeyer auf 12 Jahre wiedergewählt. Zu dem von verschiedenen Seiten eingebrachten Antrag auf Herabsetzung des Gehalts des Oberbürgermeisters, der bisher 35 000 Mark bezog, wurde von der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der beabsichtigten Herabsetzung der Ministergehälter u. a. allgemeine Bestimmungen über Herabsetzung der Gehälter der Magistratsbedienten und Magistratsmitglieder in allen deutschen Städten sowie der Direktoren der städtischen Gesellschaften zu treffen.

einen Brief geschrieben. Von der Goltz werfe die Frage auf, ob die Verfehlungen nicht disziplinarisch hätten erledigt werden können. Nach der ersten Meldung sei eine Disziplinarauntersuchung durch einen General, einen Major und einen Heeresanwalt veranlaßt worden. Die Angelegenheit sollte, da die Sache damals als durchaus harmlos hingestellt wurde, durch einmündliche kameradschaftlich Beilehrung durch den Chef der Heeresleitung und Disziplinarstrafe gegen Scheringer als erledigt gelten. Dann ging die Meldung eines anderen Offiziers über Lubin ein. Insbesondere war von einer „Zentrale in München“ die Rede. Lubin war bis dahin der wesentlichste Entlastungszeuge für Scheringer gewesen. Damit war die Unglaubwürdigkeit der beiden Offiziere bewiesen. Eine disziplinare Erledigung wäre vielleicht möglich gewesen, wenn die beiden Offiziere bei der ersten Vernehmung im Dezember die volle Wahrheit gesagt hätten.

Art und Zeit der Verhaftung von einer dienstlichen Meldung fort, die auch kritisiert wurden, seien vom Untersuchungsrichter mit dem Abteilungscommandeur vereinbart worden. Auch eine Verhaftung nach dem Dienst mußte Aufsehen erregen, da beide Offiziere in der Kaserne wohnten. Die Verhaftung erfolgte bei einem Dienst außerhalb der Garnison. Die Grundlage der Wehrmacht sei vorbehaltloser Gehorham. Er, Groener, sei mit dem Grafen in der Auffassung einig, daß die Verteidigung des Vaterlandes der Beruf der Reichswehr sei. Gerade diese Auffassung aber, daß nicht Parteiprogramme, sondern der Wille des Reichspräsidenten und der obersten Führer über die Art des Vaterlandsdienstes der Reichswehr entscheide.

Wahrauns Rückzug.

Er entschuldigt sich bei seinen Jungvolkenten wegen des Experiments.

Berlin, 8. Okt. (Eigene Meldung.) Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Wahraun, erklärt in seinem Organ einen längeren Aufbruch, in dem er die Gründe für die Trennung von der Staatspartei erneut darlegt. Weiter heißt es dann:

„Die völkernationale und jungdeutsche Bewegung wird, gestützt auf die Völkernationale Reichsbewegung, ausgerüstet mit allen Erfahrungen des Wahlkampfes, nunmehr ohne jeden Kompromiß an die Schaffung der völkisch-aktivistischen Bewegung herangehen. Sie wird des weiteren ihr staatspolitisches Programm durch die Schaffung eines grundlegenden Wirtschaftsprogramms und eines Kulturprogramms ergänzen. Die Bewegung wird ihre Organisation über das ganze Reich so ausbauen, daß sie bis zu den kommenden Wahlen ihre Wahlvorschlüge nicht mehr nach tatsächlichen Erwägungen unter Verhandlung mit anderen Gruppen aufstellen braucht. Sie wird im Gegenteil mit solchen Kandidaten in den nächsten Wahlkampf gehen, die von den Anhängern der Bewegung in voller Uebereinstimmung auf den Schild erhoben werden.“

Keine Gewaltpolitik.

Fürst Starhemberg über die Ziele der Heimwehr.

Wien, 8. Okt. Der österreichische Innenminister und Bundesführer der Heimwehr, Fürst Starhemberg, erklärte, daß er als verantwortlicher Führer der Heimwehrbewegung es grundsätzlich ablehne, sein Ziel mit Gewalt zu erreichen, da dies in Anbetracht der österreichischen Wirtschaftslage nicht verantwortet werden könne. Die Heimwehr wolle ihre Kraft in den Dienst eines friedlichen Aufbaues des österreichischen Staates und der Volkswirtschaft stellen. Die Heimwehren wollten nichts anderes als einen Kampf gegen den Bolschewismus aufbringen.

Hannover, 9. Okt. (Eig. Radiobienst.) Heute nacht gegen 1.30 Uhr entstand in der Rohproduktengroßhandlung Bartfeld in der Nordendstraße, wahrscheinlich durch Selbstentzündung, ein Brand, der infolge des heftigen Windes sehr rasch um sich griff und das ganze Gebäude in Flammen hüllte. Die Feuerwehr mußte alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um das rasende Element zu bekämpfen. Die angrenzenden Häuser sind durch starken Funkenflug sehr gefährdet. Gegen 4 Uhr morgens war das Feuer noch nicht gelöscht. Ueber den Umfang des Schadens läßt sich noch nichts sagen.

tratie 7, die Fortschrittspartei 4 und die Kleinbauern 1 Mandat gewonnen.

Groener an v. d. Goltz.

Eine Diskussion über den Reichswehrprozeß.

Berlin, 8. Okt. Reichswehrminister Groener hat an Generalmajor a. D. Graf von der Goltz in Beantwortung eines Artikels desselben über den Ulmer Reichswehrprozeß

Russische Einmischung in China.

Rußland protestiert

jedesmal, wenn der chinesische Kommunismus militärisch geschlagen wird!

Merkwürdiger Sowjetprotest an die Mandschurei.

Moskau, 9. Okt. (Eig. Radiobienst.) Der russische Generalconsul in Mukden überreichte dem Vertreter der Mandschurei eine Note der Sowjetregierung. Darin heißt es, die Sowjetregierung stelle fest, daß die chinesischen Behörden keine einzige der vertraglich angenommenen Verpflichtungen erfüllt haben. Man verfüge über unwiderlegliche Beweise unbehinderter Tätigkeit der weißen Emigranten in der Mandschurei, die ihre Tätigkeit in der letzten Zeit noch verstärkt haben. In den Grenzgebieten der Mandschurei bildeten die Weißgardisten, mit Geld und Waffen reichlich versehen, Banden, die den normalen Verkehr auf der Ostschinabahn unterbänden und friedliche chinesische Sowjetbürger ausraubten. Diese Banden erhielten aktiven Beistand von den bei den Regierungsämtern angestellten Weißrussen. Die Tätigkeit dieser Weißgardistenbanden widersprechen den Interessen der beiden Völker und sei eine ernste Gefahr für den Frieden im fernen Osten sowie der freundschaftlichen Beziehungen.

Die Sowjetregierung protestiert dagegen, daß die Tätigkeit der Weißgardisten unbestraft bleibe und erwartet, daß die Regierung in Mukden die Notwendigkeit der Erfüllung der vertraglich angenommenen Pflichten erkenne. Sie bestrebe auf der unverzüglichen Entwaffnung der weißen Banden, Ausweisung ihrer Mitglieder aus der Mandschurei, Auflösung der sowjetfeindlichen weißen Organisationen in der Mandschurei mit Einziehung des Eigentums (!) und Verhaftung und Ausweisung der leitenden Aktivisten, ferner auf der Entlassung der im chinesischen Dienst befindlichen weißen Russen, die gleichzeitig aktive Mitglieder weißgardistischer Organisationen sind, und schließlich auf die sofortige Einstellung der in der weißen Presse der Mandschurei geführte Antisowjetkampagne.

Tschiangkailiangs Rückzug.

Peking, 9. Okt. Die hiesigen Kuomintang-Nachrichtenagenturen geben zu, daß Tschiangkailiang einen allgemeinen Rückzug nach dem Norden des Gelben Flusses angedeutet hat, und bemerken dazu, der Marschall sei zu diesem Schritt gezwungen worden, weil sich Tschiangkailiang nicht fähig gezeigt habe, Tschengtschau zu halten.

Die Regierungsbildung in Bayern.

Sozialdemokraten geben den Auftrag zurück.

München, 8. Okt. Nach ihrem offiziellen Bericht hat die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, den ihr vom Landtagspräsidenten erteilten Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zurückzugeben. Eine Regierungsmehrheit mit den Oppositionsparteien zu bilden, die den Rücktritt der Regierung selbst veranlaßten, war von vornherein ausgeschlossen, da die Sozialdemokratie die Verbindung mit den Nationalsozialisten grundsätzlich ablehnt. Die Bayerische Volkspartei aber verweigerte sich dem Versuch der Sozialdemokraten.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Am Samstag, den 11. 10. 30, vormittags 9.30 bis 11.30 Uhr, findet am Versicherungsamt, Rathaus, Zimmer 31a, die Sprechstunde des Revisionsbeamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte statt.

Die Konsumgenossenschaft „Eintracht“

verteilt an ihre Mitglieder bekanntlich auf ihren Gesamtumsatz 8 Proz. Rückvergütung, das sind 936 496,57 Mk. Von dieser Summe entfallen auf den Bezirk Neuh. 112 510,44 Mk. Um einzusehen auf die Abgabestellen in Neuh. 60 320,56 Mk., Solzheim 11 032,50 Mk., Rapellen 12 460,40 Mk., Wevelinghoven 11 577,— Mk., Kleinenbroich 8 570,30 Mk., Rortzenbroich 8 549,68 Mk.

Meinungsverschiedenheiten in der Memelfrage.

Berlin, 8. Okt. (Eigene Meldung.) Der litauische Minister des Äußern, Jaunius, ist zurückgetreten. Wie wir erfahren, ist der Rücktritt auf Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme der litauischen Delegation bei den Genfer Verhandlungen über die Memelfrage zurückzuführen.

In Rom hat das Bekanntwerden der in Genf getroffenen Vereinbarung zwischen Reichsminister des Äußern Dr. Curtius und Minister Jaunius in Sachen der Beilegung der memelländischen Beschwerden von vornherein starken Protest hervorgerufen. So hieß es denn gestern auch, daß die Studenten eine Protestdemonstration bei der Rückkehr des Ministers aus Genf beabsichtigten. Minister Jaunius hat deshalb von Wilballen aus die Rückfahrt nach Rom im Kraftwagen gemacht. Gleich nach seiner Ankunft in Rom ist unter dem Vorbehalt des Staatspräsidenten ein Ministerrat über die Memelfrage zusammengetreten. Es fand ein lebhafter Gedankenaustausch statt, der mit der Rücktrittserklärung des Ministers des Äußern, vorläufig endete. Wie weiter verlautet, soll auch der litauische Gesandte in Berlin, Sijakauskas, der der stellvertretende Vorsitzende der litauischen Delegation in Genf war, nach Rom berufen werden, und nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Als Kandidaten für die Nachfolge von Jaunius wurden zunächst genannt, der litauische Gesandte in Paris, Klimas, und der litauische Gesandte in Washington, Valutis. In den Kommentaren der Blätter, die sich mit den Genfer Verhandlungen und Vereinbarungen beschäftigen, wird Deutschland heftig angegriffen mit der Behauptung, es habe die litauischen Zugeständnisse in Sachen der memelländischen Beschwerde erzwingen (!).

Auch ein deutscher Beisitzer in der memelländischen Wahlkommission.

Berlin, 8. Okt. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß auf Grund der deutschen Vorstellungen in Rom nunmehr neben dem deutschen Wahlkommissar Plünder auch der Deutsche Fink als Beisitzer in die Wahlkommission berufen worden ist. Für viel wichtiger steht man es in deutschen politischen Kreisen an, daß die litauische Regierung auch nach den Wahlen nach demokratisch-parlamentarischen Gesichtspunkten regiert. Von deutscher Seite wird alles Notwendige getan werden, um auf die litauische Regierung in diesem Sinne einzuwirken.

Die finnländischen Reichstagswahlen.

Helsingfors, 8. 10. Von den 200 Abgeordneten des finnländischen Reichstages sind bisher 183 gewählt worden. Auf die Sozialdemokraten entfallen davon 62, auf den Landbund 49, auf die Nationale Sammlungspartei 39, die Schwedische Volkspartei erhielt 20, die Schwedische Linke 1, die Fortschrittspartei 11 und die Kleinbauern 1 Mandat. Die Kommunisten verloren bisher 22 von ihren 23 Mandaten, die Schwedische Volkspartei verlor 1, die Schwedische Linke 1 und der Landbund ebenfalls 1 Mandat, während die Sammlungspartei 13, die Sozialdemo-

Volkswirtschaft, Börse und Handel

Wegen Beliehungsfestlichkeiten des Präsidenten des Börsenvorstandes, Herr Richard Pohl, fallen sämtliche Berliner Notierungen aus.

Ausländische Notierungen vom 8. Okt.

London meldet: Paris 123,84; Brüssel 34,82%; New York 485,84; Italien 92,79; Spanien 47,98; Amsterdam 12,0456. Amsterdam: London 120,4438; Paris 972%; Brüssel 34,58; New York 2,4791; Italien 12,38; Spanien 25,20. Paris meldet: New York 25,4925; Belgien 355,5; London 123,85; Italien 133,45; Spanien 257,5; Amsterdam 10,2825.

Kölnener Wertpapierbörse vom 8. Okt.

Die seit einigen Tagen eingetretene Abschwächung, machte zu Beginn der heutigen Börse weitere Fortschritte. Es ergaben sich gegenüber den Frankfurter Abendnotierungen erneut Rückgänge um Bruchteile eines Prozentes. Das Publikum war kaum am Markt vertreten und die Spekulation nahm eher ab. Bestimmend wirkten die wenig günstigen politischen Nachrichten, wogegen die gestrige Erholung der New Yorker Börse keinen Einfluss hatte. Die Farben waren um 1/4 Prozent niedriger mit 134% im Verkehr. Von Montanwerten notierten der Stahl 1/2 Prozent höher auf 69; während andererseits Rhein. Braunkohlen 1/4 Prozent schwächer mit 177 und Mannesmann nach 71 G. mit 71 bz. wurden. Am Elektromarkt lagen Schultze (minus 1/2 Prozent) zu 133,5 im Handel, während für Felten eine Erhöhung nicht aufzufinden kam. Bonfanten vermindert auf 133,5 im Handel, während für Felten eine Erhöhung nicht aufzufinden kam. Im Verlaufe der Börse man bei stillem Geschäft nur wenig veränderte Kurse. Der Einheitsmarkt hatte ruhiges Geschäft. Versicherungen kaum verändert. Die Börse schloß gehalten.

Heute notierten: Balast 30; Bonner Berg 110; Braunkohlen Zukunft 80; Kaiser Brauerei —; Kabel Rhein 155; Kölner Dampf 198; Rhein. Braunkohlen 178; Stollwerck 94,5.

Kurse im Terminhandel: Barmer Bankverein 105,75; Commerz- und Privatbank 117,50; Darmstädter und Nationalbank 158,00; Deutsche und Disconto 115,50; Dresdner Bank 115,00; Deutsche Erdöl 64,00; Farbenindustrie 134,50; Gelsenkirchener Bergwerk 97,25; Harpener Bergbau 85,00; Hapag 77,00; Köln-Neuefelder Bergwerk 76,00; Mannesmann 71,00; Rhein. Braunkohlen 177,00; Rhein. Stahlwerke 73,00; Schuler & Co. 133,50; Ver. Stahlwerke 69,00.

Unnotierte Werte: Köln und Spil 23,50; Köln-Sindener Metallwerke 37,50; Köln-Hausbesitz 93,50; Leberwerke Rheinhausen 73,00; Rhein. Glaswerke 16,00.

Frankfurter Wertpapierbörse vom 8. Okt.

Zu Beginn der heutigen Börse festhielt die Kursrückgänge auf den meisten Marktgebieten fort. Die anhaltende Unsicherheit über die innerpolitische Entwicklung drückte weiter auf die Stimmung. Dazu kamen die neuen Goldabgaben der Reichsbank, die die Gefahr einer Diskonterhöhung wieder näher rücken lassen. Die unter Schwankungen widerstandsfähige Tendenz der New Yorker Börse konnte demgegenüber keine Anregung bieten. Durch den Ausfall der Berliner Börse lagen Verkaufsbefehle in größerem Umfang vor und es ergaben sich, durch die geringe Aufnahmefähigkeit des Marktes zu den ersten Notierungen Abschlüsse von 1-2 Prozent. Darüber hinaus gaben Akt 2,5 Prozent und Zement Hebelberg, letztere auf die Nachricht von der Stilllegung eines Teilstückes 3 Prozent nach. Chadeaktier notierten minus 3 Mt. Banken waren auf Angebot bis 1,75 Prozent gedrückt. Schiffahrt und Kaliwerte blieben dagegen gehalten. Deutsche Anleihe etwas schwächer. Im Verlaufe kam nach vorübergehender Abschwächung die Abwärtsbewegung zum Stillstand. Etwas Interesse bestand für Siemens und Farben bei leicht erhöhtem Kurs. Auf kleine Deckungen und Interventionen waren für Akt Darmstädter Bank und Siemens Erholung bis 2 Prozent festzustellen.

Getreide- und Futtermittel

Frankfurter Getreidebörse vom 8. Okt.

Weizen (Hessen, Prov. Hessen-Nassau, und Unterfranken) festnotiert. v. 75 Kilo, gelb und trocken 250—248,5; Roggen desgl. festnotiert. v. 70—71 Kilo, 165; Hafer inf. 157,5—162,5; Weizenmehl feinst. Speis. 0 39,75 bis 40,5; Weizenmehl niederrhein. Spezial 0 39,5—40,25; Roggenmehl 60 Proz. 26—27; Weizenkleie 6,5; Roggenkleie 6,75—7.

Tendenz: ruhig.

Kreisfelder Produktenbörse vom 8. Okt.

Weizen rhein. 73 Kilo 23; Roggen rhein. 66—67 Kilo 13,75—14; dito 70 Kilo 15,5; Hafer rhein. 15,25—16; Futterroggen 10,5—11,5; Weizenbäckerweizen 38,75—39; Roggenmehl 60 Proz. 29,5—29,75; Roggenmehl aus ausl. Roggen 28—28,25; Weizen ausl. 31—34,5; Roggen ausl. 24,5 bis 25; Futtergerste ausl. 21; Hafer ausl. 19; Kleiner Mais —; Grober Mais 25; Rapskuchen 9,25; Rostkuchen 16—17,5; Leinfaden 16,5—17; Leinfadenmehl 38 Proz. 17—17,5; Palmfettkuchen 10,25—10,75; Palmfettmehl 10,25—10,75; Erdnusskuchenmehl 50 Proz. 12,5—12,75; Sogalschrot 46 Proz. 13,5—14; Sogalschrot 8—8,5; Weizenkleie 6,25 bis 6,5; Roggenkleie 6—7,5; Stroh 1,50—1,80; Weizenheu 6—7; Luzerneheu 7—8.

Calcarer Eiermarkt vom 8. Okt.

Zufuhr: 100 000 Stück 108 000 Stück in der Vorwoche. Preise für Hennenener über 64 gr 15; 60—64 gr 14,50—14,70; 55—60 gr 14—14,40; 50—55 gr 12,40—13,80; unter 50 gr 12.

Entener 13—13,50; Gänseener 36; Zungenhennenener 9,50—10,50.

Nachfrage schwächer bei behaupteten Preisen.

Warenmärkte

Trierer Wochenmarkt vom 7. Okt.

Die Preise sind Kleinhandelspreise in Pfennigen und verstehen sich wenn nichts weiter angegeben, je Pfund. Weizen 6—10; Weizen 8—10; Weizen 10—15; Weizen 30—40; Schwarzwurzel 30—40; Weizen 10—15; Spinal 20—25; Zwiebeln 8—15; Kartoffeln, helle 5—7; Kartoffeln für 260—280; Schnittbohnen 10—50; Luftholrabi 10—15; Rüben weiße 10; Rüben rote 10—15; Tomaten

25—30; Kopfsalat Stück 5—10; Endivienfalsch Stück 10; Gurken Stk. 10—40; Blumenkohl hiel. Stück 10—50; Mäusohr Teilchen 15; Petersilie Teilchen 10; Breitlauch Teilchen 10; Radieschen Teilchen 10—15; Meerrettich Stange 20—60; Sellerie Knolle 20—60; Knoblauch Knolle 8—10; Pfeffer Str. 2000—3000; Pfeffer 10—50; Birnen 10—50; Preiselbeeren 65; Weintrauben 50; Zitronen Stück 10—15; Schanzenbrot 60; Bananen Stück 10—20; Kastanien 40; Baumrinne 30—50; Frische Eier Dhd. 170—180; Auslands-eier Dhd. 160—170; Landbutter 170—180; Molkereibutter 180—190; Bienenhonig 130—140.

Nierenfett 60; Margarine 100; Schmalz hiel. 107—110; Schmalz ausl. 65—80; Pflanzenfett 85; Camer Käse 160; Limburger 65—70; Gouda Käse 60—70; Weiser Käse Str. 50—60; Rahm 160—180; Rindfleisch 70—100; Ochsenfleisch 100—120; Kalbfleisch 100—120; Schweinefleisch 100—130; Hammelfleisch 100—130; Rauchfleisch 140—150; Speck hiel. 100—120; Cervelatwurst 180—200; Jagdwurst 140—160; Schmierwurst 160; Mettwurst 100—140; Fleischwurst 120; Leberwurst 40—80; Blutwurst 40—80; Brühchen 20 bis 140; Heringe Stück 10; Hühner, Hühner Stück 80—250; Hahnenbraten 180—200; Hahnenragout 100—120; Hirschbraten 100; Hirschragout 80; Schlachthühner 120—150.

Die Indexziffer der Großhandelspreise im Monatsdurchschnitt September.

Im Monatsdurchschnitt September stellte sich die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes mit 122,8 um 1,5 v. H. niedriger als im Vormonat (124,7). Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 2,7 v. H. auf 113,5 (116,6) und diejenige für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 1,2 v. H. auf 116,3 (117,7) zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Fertigwaren hat weiter auf 148,4 (149,4) oder um 0,7 v. H. nachgegeben.

Der Verband linksrheinischer Industrie- und Handelskammern zur Wirtschaftslage.

In seinem Vierteljahresbericht über die Wirtschaftslage gibt der Verband linksrheinischer Industrie- und Handelskammern einen allgemeinen Überblick, dem wir folgendes entnehmen:

Der Absatzrückgang im letzten Vierteljahr brachte bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen ein Anwachsen der Lager- und Halbenbestände mit sich. Der gesteigerte Wettbewerb bedingte einen verstärkten Preisdruck, der sich sehr deutlich beim Auslandsabfall bemerkbar machte. Immerhin brachte der Auslandsabfall für eine Reihe von Spezialprodukten, besonders Fertigwaren, eine gewisse Entlastung gegenüber dem Binnenmarkt. Bezeichnend für die gesamte wirtschaftliche Lage ist es, daß die Rundschau mit Befriedigung vorzüglich zurückgeht und meist nur kleinere Aufträge erteilt, bei denen die Lieferung in der Regel möglich ist. Vorauslagen für die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten lassen sich gegenwärtig kaum machen. Immerhin dürfen aber die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wertschöpfung des Vertrauens und zur Befestigung der Ungeheuerheit auf Besserung, wenigstens auf längere Sicht betrachtet werden. Auch werden Arbeitsbeschaffungsprogramme und Winterbedarfsdeckung voraussichtlich einer Reihe von Wirtschaftszweigen neue Aufträge bringen.

Schlechter Geschäftsgang in der Balastindustrie.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat die Balast A. G. in Linz entsprechend ihrer früheren Ankündigung einer härteren Durchrationalisierung und Umorganisation ihre Wegebauinteresse in einen größeren Konzern eingeleitet. Die Balast A. G. in Linz hat sich zu diesem Zweck an dem Konzern aktienmäßig „einschalt“. In welchem Maße diese Beteiligung erfolgt ist, steht zur Zeit noch nicht fest, doch dürfte es sich um einen größeren Betrag handeln, da die Wegebaugesellschaft, den des Balast-Linz Konzerns einen ausgedehnten Interessentenkreis befaßt. Man glaubt, auf diese Weise bessere Ergebnisse zu erzielen und auch für diese Beteiligung wieder mehr Ausichten auf Vergütung zu haben. Im übrigen nehmen alle Maßnahmen zur weiteren Rationalisierung des Konzerns nach dem vor kurzem erfolgten Ausscheiden der beiden Vorstandsmitglieder der Endlich und Barthausen ihren Fortgang. Der angelegte Geschäftsgang bei der Balast A. G. in Linz ist entsprechend der schwierigen Allgemeinslage der Balastindustrie recht gedrückt. Auch beginnt der Geschäftsgang allmählich weiter abzusinken. Mit einer Veranjung des Aktienkapitals ist auch für das laufende Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Ludwig Koch A. G., Siegen.

Das Unternehmen, Elektrotafeln und Messerschmiede, schließt das Geschäftsjahr 1929 mit einem Betriebsergebnis von 251 744 (287 945) RM. Aufwänden, Zinsen und Steuern erforderten 217 637 (226 732) RM und stiftete Fortwägung 15 759 (—), so daß ein Ueberschuß einschließlich 4411 RM Vortrag von 24 438 (65 819) RM verbleibt, über dessen Verwendung keinerlei Angaben gemacht werden (i. V. 5 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien).

Die Wirtschaftslage der rheinischen Bimsindustrie.

Der Absatz an Fertigprodukten in der rheinischen Bimsindustrie ist weiter erheblich zurückgegangen. Insgesamt bleibt der Bestand des Jahres 1930 gegenüber dem Jahre 1929 durchschnittlich um ca. 40 Prozent zurück, wobei zu beachten ist, daß bereits im Jahre 1929 gegenüber 1928 ein durchschnittlicher Rückgang von 20 Proz. zu verzeichnen war. Der Bestand an Bimssteinen dagegen ist nach wie vor sehr stark und trägt naturgemäß zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Industrie bei.

Die Preise für Fertigerzeugnisse sind sehr gedrückt und bewegen sich teilweise unter den Selbstkosten. Viele Werke arbeiten nur, um beschäftigt zu sein bzw. Bestände zur Deckung laufender Verpflichtungen zu ermöglichen. Eine große Zahl von Firmen hat vorzeitig den Betrieb stillgelegt bzw. ganz erheblich eingeschränkt. Entlassungen haben bereits in erheblichem Maße stattgefunden. Weitere Entlassungen resp. Betriebsseinschränkungen werden laufend vorgenommen. Insofern die Industrie gegenüber den vorausgesehenen Jahren verhältnismäßig zum Erliegen gekommen ist bzw. kommen wird.

Für den Herbst und Winter ist unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage kaum mit einer Besserung zu rechnen.

Aus der südwestfälischen Industrie.

In der Lage der südwestfälischen Industrie ist eine Veränderung nicht eingetreten. Mit einer Besserung dürfte nach vorhandenen Anzeichen schwierig zu rechnen sein. Im Bezirk Herten allein entfallen auf 1000 Einwohner 54 Arbeitslose. Die Walzwerke in Herten haben an-nähernd weitere 100 Leute entlassen. In Letmathe sind gleichfalls in einem Walzwerk und einer Gießerei Abbaumaßnahmen vorgesehen. Die Beschäftigungsziffer in den Kalt- und Steinbrüchen hat sich weiter verringert. Auch hier ist mit der Entlassung von Arbeitern in kürzester Zeit zu rechnen. Lediglich das Baugewerbe berechnete durch geplante Unternehmungen zu etwas günstigeren Hoffnungen.

Concordia Lebensversicherungsbank A. G., Köln.

Vom Reichsaufsichtsamt wurde nunmehr die Uebernahme des Versicherungsbetriebes der Concordia Kölnische Lebensversicherungsgesellschaft mit den dazugehörigen Vermögenswerten durch die Concordia Lebensversicherungsbank A. G. mit Rückwirkung ab 1. Januar 1930 genehmigt.

Die zu übertragenden Vermögenswerte stellen sich per 1. Januar 1930 auf 20,6 Mill. RM. Davon entfallen allein auf den Aufwertschuld 20,1 Mill. RM, der Rest arbeits-teils auf andere von der Concordia-Bank übernommene Verpflichtungen.

Von den 90 000 Aufwertschulden sind bereits über 12 000 durch endgültige Abfindungszahlungen, ca. 16 000 durch Uebernahme des endgültigen Bescheides über Umstellung in beitragsfreie Versicherungen erledigt. Das sind über 30 Prozent. Die Concordia hofft die Aufwertschulden bis Ende nächsten Jahres endgültig beendet zu haben; sie hat bereits über 4,3 Mill. RM an Zahlungen für Versicherungs-schulden, Vorauszahlungen aus Aufwertschulden-Verpflichtungen geleistet.

Das technische Wettrüsten noch verhängnisvoller als das militärische.

In der Wiener „Reichspost“ lesen wir in einer aus Ingenieuren stammenden Aufschrift folgendes:

„Im Laufe der letzten Jahrzehnte, lange bevor Amerika die Welt mit dem Atomgeschleichen des „fliegenden Wandes“ beglückte und bevor noch die „Nationalisierung“ der Betriebe als Allheilmittel für die erkrankte Volkswirtschaft angesehen wurde, hat es schon an warnenden Stimmen bedeutender Männer nicht gefehlt, die auf die Folgen der „Ueberindustrialisierung“ aufmerksam machten. Der neueste Warnruf kommt überraschenderweise aus Amerika, dem Lande des rücksichtslosten Vertriebens und der überhöhten Technik. Dort hat ein führendes Mitglied der New Yorker Handelskammer mit allem Nachdruck die verderblichen Folgen aufgezeigt, die eine weitere Mechanisierung der Fabriken nach sich ziehen wird. Die Worte dieses weitblickenden Mannes sollten nicht in den Wind gesprochen bleiben. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir erst am Beginn eines sich schon jetzt fühlbar machenden technischen Wettrüstens stehen, der an Schreckenstiefe seiner Folgen alles bisher Dagewesene weitaus übertrifft. Wenn es nicht gelingt, durch Anwendung geeigneter Maßnahmen an der drohenden Katastrophe vorbeizukommen, die unter der Flagge „Nationalisierung“ fegenden Bestrebungen mit dem Ziele, die Menschenarbeit so viel wie nur möglich durch die Maschine zu ersetzen, um durch eine Verbilligung der Herstellung gewerblicher und industrieller Erzeugnisse eine Hebung des Konsums herbeizuführen, beruhen der Hauptsache nach auf einem verhängnisvollen Trugschluß. Die von Amerika übernommene radikale Richtung der Rationalisierung ist ein Raubbau unter der Devise: Nach uns die Sintflut! Es kann doch keineswegs bestritten werden, daß mit der fortschreitenden Lohnsenkung der Verdienstmöglichkeit die Konsumkraft breiter Volksschichten erheblich geschwächt werden muß, weshalb es sich hier bloß um die Ausbeutung einer nicht andauernden Konjunktur handeln kann.“

Das Bedauerliche an dieser Sache ist der Umstand, daß die Lawine der in aller Welt grassierenden „Nationalisierungspsychose“ alles vernichtet, was sich ihr in den Weg stellt. Deshalb müssen viele Gewerbetreibende und Industrielle notgedrungen die Rationalisierung ihrer Betriebe durchführen und schweren Herzens so und so viele Menschen brotlos machen, um ihre eigene Existenz und die der restlich verbliebenen Arbeiter und Angestellten zu retten. Vernünftige denkende Staatsmänner bemühen sich seit langem, dem militärischen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Das internationale technische Wettrüsten birgt eine weitaus größere Gefahr in sich und verfolgt eigentlich das gleiche Ziel in anderer Form, nämlich: Siege zu erringen, indem die Konkurrenz erschlagen wird, ohne auf die Millionen von Menschen Rücksicht zu nehmen, die als lebende Leichen zurückbleiben. Man sollte daher meinen, es wäre eine der allerwichtigsten Aufgaben der Völkergemeinschaft, sich mit der schon überaus brennend gewordenen Frage zu befassen, wie das technische Wettrüsten eingeschränkt werden könnte, um die Menschheit nicht zu Tode zu rationalisieren und die Bildung internationaler Riesen-armeen unzufriedener, zu allen Verzweiflungstaten fähiger Menschen zu verhindern. Will man es nicht zu Katastrophen kommen lassen, von denen kein einziger Staat verschont bleiben könnte, so wird man sich dahin einigen müssen, auf die Ueberwindung des Erbes menschlicher Handarbeit durch die der Maschine bis zu einem gewissen Grade zu verzichten, um möglichst vielen Menschen Arbeit und Brot geben zu können. Damit gewänne das Handwerk wieder einen besseren Boden und der Arbeiter eher die Möglichkeit, sich selbständig zu machen. In dieser Art der „Nationalisierung“ wäre die einzige richtige und haltbare zu erblicken, während allen sonstigen Rationalisierungsplänen ein unangenehmes Erwachen folgen muß. Man warte nicht erst ab, bis diese Erkenntnis viel zu spät kommt. Es wäre zu wünschen, daß sich Männer internationalen Ansehens bereitfinden, eine internationale Verständigung in dieser Frage anzubahnen.“

„Schönere Zukunft.“

Milch

ist das gesündeste und nährstoffreichste Volksgetränk!

Milderung der Wirtschaftsnot durch die Kommunen.

Krise der privaten Kaufkraft. — Jährlich 4,5 Milliarden kommunale Aufträge. — Ein alter Topf. — Der kaufmännische Gemeindevertreter. — Kommune und Preisentung.

Ein wesentlicher, wenn auch nicht ein letzter Grund unserer Beforgnis erregenden Wirtschaftsnot ist die augenblickliche und für den Winter weiter fortschreitende Produktionsbeschränkung. — Das heißt: Unternehmer, Handwerker, Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft sind und werden weiter arbeitslos. Das bedeutet, daß auch die Händler, vom kleinsten Kolonialwarenhändler bis hinauf zum mächtigsten Eisen- und Lederhändler, in ihren Einkünften wesentlich beschränkt werden. Und weshalb besteht die augenblickliche Produktionsbeschränkung? Weil die Kaufkraft des privaten Konsums arg geschwächt ist und von der noch vorhandenen Kaufkraft ein guter Teil ins Ausland flieht. (Man denke nur an die vielen importierten Autos und Pelze, die deutsche Besitzer stolz zur Schau tragen. Man denke beschränkt an die „englischen Stoffe“, die wohl ausnahmslos von allen deutschen Schneidern und Konfektionären als beste Qualität empfohlen und von den nationalsten Zahlungskräften bevorzugt werden. Hier könnte von manchem edlere nationale Gattung gefordert werden!) — Und wo die private Kaufkraft nicht mehr in der Lage ist, die Stützen der Wirtschaft zu halten, müssen die öffentlichen Konsumenten, Reich, Staat und Gemeinden, mit ihrem Milliardenbedarf und ihrer Milliardenkaufkraft einsteigen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man

die deutschen Gemeinden die größten Auftraggeber der Wirtschaft nennt, hinter dem Reich und Länder ganz bedeutend zurücktreten. Von ihren Gesamtausgaben in Höhe von 7,6 Milliarden RM. im Jahre 1927/28 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung nicht weniger als

4,3 Milliarden RM. Aufträge verwendet, die eine unmittelbare Befruchtung der Wirtschaft bringen. Allein hinter dem unscheinbaren Statistikalischen Ausgabenverbergen sich nicht weniger als für 2 Milliarden Aufträge der Gemeinden an Industrie und Handel. Bei der Mannigfaltigkeit der gemeindlichen Aufgaben profitieren so sämtliche Zweige der Wirtschaft von diesen Vergeben.

Mit den höchsten Beträgen ist bei den unmittelbaren Beschaffungen der Bedarf für Gas- und Elektrizitätsversorgung, Anlagen und Verbrauch, die Anschaffung von Maschinen, Fahrzeugen aller Art, Erzeugnissen der Feinmechanik, Optik und Bergwerken vertreten, die vor allem von den städtischen Werken und Bahnen gebraucht werden. Nicht viel geringer ist der Bedarf an Baustoffen aller Art und ähnlichen Materialien, die in erster Linie vom Tiefbauamt und den städtischen Bauhöfen benötigt werden. Es folgt der Bedarf an Kohlen und sonstigem Heizmaterial, der hauptsächlich von der Maschinenbauabteilung und den Gas- und Wasserwerken gekauft wird. Lebens- und Futtermittel werden im wesentlichen von den Krankenhäusern beschafft, Büro- und

Einrichtungsgegenstände einschließlich der Büromaschinen von der gesamten Verwaltung. Textilien, Leder, Lederwaren einschließlich der Bekleidungsgegenstände von den Krankenhäusern, den Bahnen und der Feuerwehr und schließlich Chemikalien von der Hospital- und Wohlfahrtsapothek.

An den mittelbaren Beschaffungen sind vor allem die Aufträge des Hoch- und Tiefbauamtes beteiligt. Ferner machen die hauptsächlich von den Bahnen vergebenen Gesamtbau-, einrichtungs- und Lieferungsaufräge einen erheblichen Prozentsatz aus. Zu diesen städtischen Aufträgen kommen noch die Hypotheken für Wohnungsbauten, die zwar nicht als städtische Beschaffungen anzusehen sind, aber ebenfalls der privaten Wirtschaft zuzurechnen. Durch sie würden sich die oben angegebenen Summen noch um rund 2,3 Milliarden erhöhen.

Es wurde schon einmal an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß in der Zeit, als es galt, den sozialpolitischen Gedanken zu fördern, das öffentliche Verdingungswesen, insbesondere das kommunale, durch Ausbeutung sozialpolitischer Klauseln die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter bedauerlich verbessert hat. Jetzt handelt es sich darum, die betriebswirtschaftlich-ökonomische Tendenz der Wirtschaft auf möglichst gleichmäßige Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Betriebe zu Nutzen des Unternehmers und zum Zwecke der Milderung der Arbeitslosigkeit zu stützen. Die Aufträge der Kommunen sollen deswegen auf das ganze Jahr verteilt und namentlich dann vergeben werden, wenn die private Nachfrage zurückgeht, was erfahrungsgemäß im Winter im stärksten Maße der Fall ist. — Dieser Grundsatz hat eben in diesem Jahre nicht ganz eingehalten werden können, weil auch im Sommer schon eine bisher nicht gekannte Arbeitslosigkeit der Kommunen zu

außerordentlichen Aufträgen zwang. Also wird es sich bei den für den Winter geforderten Aufträgen in der Regel um Ausgaben handeln, welche die planmäßig vorgesehenen Aufträge weit überschreiten und infolgedessen nur mit außerordentlichen Einnahmen gedeckt werden können. Folglich werden neue Steuern oder neue Schulden erforderlich sein.

Um die Beschaffung der dringenden Gebrauchsgegenstände planmäßig zu gestalten, sind die Städte zur Gründung zentraler Beschaffungsstellen geschritten, die in größeren Mengen einkaufen und dann die einzelnen Verwaltungsteilen versorgen. (Davor hat man aber doch nach den Großberliner Vorgängen Angst bekommen!) Diese Beschaffungsstellen kann so erfolgen, daß unmittelbar vom privaten Unternehmer gekauft wird, sie kann aber auch mittelbar vorgenommen werden. Das geschieht meist bei den größeren Bauaufträgen, die die Stadt nicht in eigener Regie ausführt. Die Vergabe der Aufträge erfolgt freihändig auf Grund von Geschäftsverbindungen oder auf dem Wege der Submission. Dabei ist

darauf hinzuwirken, daß nicht das billigste Angebot, sondern dasjenige den Zuschlag erhält, welches dem angemessenen Preis am nächsten kommt. Es ist nahezu allgemein Gebrauch geworden, daß die Aufträge fast ausnahmslos an ortsanfällige Unternehmer und Handwerker

vergeben werden. Auch ist eine strenge Überwachung der Einkaufsstellen anzuraten, damit sich Skandalfälle nicht wiederholen, wie wir sie von Berlin her kennen. Auch Gelsenkirchen ist vor kurzem noch durch die gewissenlose Bevorzugung einer mehr als 100 Prozent teureren Firma durch die zuständige Einkaufsstelle um große Summen geschädigt worden.

In diesem Zusammenhange verdient auch die Frage der Vergütung städtischer Aufträge an Stadtverordnete

bzw. an Gemeindevertreter unbedingt gewissenhafteste Berücksichtigung. Die kommunalpolitische Vereinigung hat hierfür beachtenswerte Richtlinien ausgearbeitet, die wir an anderer Stelle veröffentlichen. Die Kommunen haben nichts zu verschonen. Aber nicht nur aus diesem Grunde, sondern weil die Kommunen mit daran arbeiten sollen, daß das gesamte Preisniveau gesenkt werden muß, sollen sie nach dem Vorbilde des Reiches unter dem Arbeitsminister Dr. Stegerwald bestreben, die Bewerber nicht nur zu sozialen Bedingungen für die von ihnen beschäftigten Arbeiter, sondern auch zu einem tragbaren Preis nach Maß zu bewegen. Denn von der Senkung des Preisniveaus wird die Arbeitslosigkeit, die heute die Kommunen noch zu diesen außerordentlichen Aufträgen zwingt, für die Zukunft besonders mildernd beeinflusst werden.

Stadt-Nachrichten.

Neuf, 9. Oktober 1930:

Hoffnung auf Besserung der Wirtschaftslage. In seinem Vierteljahrsbericht über die Wirtschaftslage gibt der Verband linksrheinischer Industrie- und Handelskammern einen allgemeinen Überblick, dem wir folgendes entnehmen:

Der Abwärtstrend im letzten Vierteljahr brachte bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen ein Anwachsen der Lager- und Halbenbestände mit sich. Der gesteigerte Wettbewerb bedingte einen verstärkten Preisdruck, der sich sehr deutlich beim Auslandsabfah für eine Reihe von Spezialprodukten, besonders Fertigwaren, eine gewisse Entlastung gegenüber dem Binnenmarkt. Bezeichnend für die gesamte wirtschaftliche Lage ist es, daß die Rundschau mit Bestellungen vorsichtig zurückhält und meist nur kleinere Aufträge erteilt, bei denen die Lieferung in der Regel möglichst kurzfristig sein soll.

Vorausagen für die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten lassen sich gegenwärtig kaum machen. Immerhin dürften aber die von der Reichsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Beseitigung der Ungewissheit Hoffnung auf Besserung, wenigstens auf längere Sicht betrachtet, erwecken. Auch werden Arbeitsbeschaffungsprogramme und Winterbedarfsdeckung voraussichtlich einer Reihe von Wirtschaftszweigen neue Aufträge bringen.

Das Wasser steigt. Zu einer ungewöhnlich frühen Zeit ist in diesem Jahre das herbstliche Ansteigen der Flüsse eingetreten. Der Oberrhein stieg vorgestern bei Schweinfurt um 90 cm. Das Steigen des Rheines betrug gestern bei Koblenz stündlich 4 cm. Der Bodensee und die Nebenflüsse des Rheins sind ebenfalls steigend. Die Mosel wies gestern nachmittags bei Trier einen Pegelstand von 4,38 Meter auf, so daß bereits jetzt das Verbot der Schifffahrt auf der gesamten Mosel in Kraft tritt. Auch der Niederrhein hat ein durchschnittliches Ansteigen von 40 bis 50 cm zu verzeichnen. Der Düsseldorfier Pegel weist sogar gegen gestern ein Steigen von 76 cm, der Ruhrorter von 63 cm auf. Vorläufig besteht wohl noch keine ernsthafte Hochwasser Gefahr, denn zu einer Ueberschwemmung gehören doch noch ganz andere Niederstühle.

22 Handwerksvertreter sind unter den 577 Abgeordneten des neuen Reichstags. Eine für diesen bedeutsamen Stand recht geringe Anzahl, wenn man nicht bedenken will, daß die geschlossene und im Ausgleich der Interessen bestehende Mittelstandspolitik der Weltanschauungsparteien den Widerhall dieser Ziffer um ein bedeutendes vermehrt. Das dürften die letzten Jahre der Schwierigkeiten dargelegt haben.

Es ist für den Mittelstand, in dessen Reihen eine große Existenzunsicherheit Platz gegriffen hat, keineswegs alles voll Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Zahl der Geschäftseröffnungen mehrte sich. Jeder, der sich ein Verdienst schaffen will, macht einen Laden auf. Außerdem vermehrt sich die Zahl der Groß-Unternehmungen, die das Tätigkeitsfeld des Mittelstandes verengen. Die Billigkeit gebiete, anzuerkennen, daß es Aufgabe der diese Gebiete bearbeitenden Organisationen ist, für eine grundsätzliche Wirtschaftspolitik in dieser Hinsicht zu sorgen. Insbesondere ist auch die tiefere, alle Interessen und Zusammenhänge berücksichtigende Durchforschung des Genossenschaftswesens nötig, wie sie das bekannte Kölner

Der umgewandelte Kibbels Busch.



Bild in die neue Anlage an der Wilhelmstraße.



Auch ohne Fleisch
kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse
zuzubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise
MAGGI'S Würze

Nachfüllpreise: Proben RM-10 NRO 1 2 3 -22 -43 -65 1.25

Institut für Genossenschaftsforschung betreibt. Auch hier fühlen wir einen Weg, der in der Anpassung der reinen Konsumgenossenschaften der Verbraucher mit den Einkaufs- und Produktions-Genossenschaften des städtischen und ländlichen Mittelstandes liegt. Zur Praxis der Gerechtigkeit zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen in dieser für die Erhaltung des so lebenswichtigen Mittelstandes bedeutsamen Frage wird man erst kommen, wenn das geistige Vorfeld geklärt ist. Auch hier können die zuständigen Organisationen, weitab vom politischen Tageskampf, sehr viel leisten, wenn nur der Verständigungswille da ist.

Reinholdsfest. Die Fortsetzung des Reinholdsfestzuges findet am Samstag, den 18. Oktober 1930 im Jugendheim „Fortitudo“ statt. Sprechchor und Spielprobe mit endgültiger Rollenverteilung.

Die Gruppe Niederrhein des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues hielt im Restaurant Gerding ihre diesjährige Herbsttagung ab. Landtagsabg. Schröder (Krefeld) begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder. Insbesondere wurde über Weiterbestehen und Wiedereröffnung der niederheinischen Blumen- und Pflanzenversteigerung in Krefeld gesprochen. Man will den vollen Betrieb mit wöchentlich zweimaliger Versteigerung Dienstag und Freitag, vormittags 10 Uhr, am 16. Oktober wieder aufnehmen. Ein Teil der anwesenden Mitglieder verpflichtete sich zur restlosen Antieferung, was für die Weiterentwicklung der Versteigerung von größter Bedeutung ist. Die prozentualen Abgaben vom Verkauf soll der Vorstand noch festlegen.

Der Vorsitzende berichtete eingehend über die ostfriesischen Moorbeetkulturen. Dort erschließt sich in der Kultur von Koniferen, immergrünen Landpflanzen, Gehölzen und besonders Blumenwiebeln ein großes und dankbares Arbeitsfeld. Nach Fertigstellung der Kiersregulierung soll auch in unserer Gruppe die seit einiger Zeit in dieser Sache ruhende Tätigkeit wieder aufgenommen werden. Die ausgestellten Blumenwiebeln aus den dortigen Kulturen waren Klasse und den holländischen ebenbürtig. Im Frühjahr soll eine Studienreise nach Ostfriesland, der man rege Teilnahme wünscht, nähere Aufklärung bringen.

Weiter wurde noch berichtet über die Fortschritte der staatlichen Versuchsfelder und Kraftwerke in Wiesmoor. Gruppenschriftführer Koenen (Krefeld) spricht über die diesjährigen Herbstarbeiten, die in Versuch und sachlicher Hinsicht von vollem Erfolg sind. Einstimmig sprachen sich die Mitglieder für die Beibehaltung aus. Die immer wieder auftretenden Mängel sollen aufschärfte vom Vorstand bekämpft werden. Die Verbandsleiterbekasse gibt bekannt, daß in diesem Monat nochmals verbilligte Neuanmeldungen erfolgen können. Das Sterbegericht beträgt bei 17 Pfg. Umlage pro Sterbefall 1000 Mark.

Das Resultat der diesjährigen Beihilfungsprüfung war im Vergleich zum Vorjahre nicht sehr erfreulich. Der Vorstand mahnte dringend, der Beihilfungsprüfung größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von der Randwirtschaftskammer wurde dem besten Prüfling eine Buchspende, aus der Gruppenkasse wurden weitere Mittel für Prämien zur Verfügung gestellt.

Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes warnt davor, ausländischen Firmen Marktberichte zu geben. Um selber eine allgemeine Übersicht über die Marktlage im Gruppenbezirk zu erhalten, bittet die Geschäftsstelle um Angaben über den derzeitigen Stand.

Nach diesem geschäftlichen Teil sprach Herr Diplomatengarteninspektor Gleisberg von der Fachschule in Straelen über „Schädlingsschutz in den Gewächshäusern“. Die vielen in der Diskussion gestellten Fragen, die alle ihre genaueste Beantwortung erfuhren, zeugten davon, wie zeitgemäß das Thema war. Der Vorsitzende dankte dem Redner im Namen aller.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Besprechung der geschäftlichen Lage, mußte infolge der vorgerückten Stunde für die nächste, in Krefeld tagende Versammlung zurückgestellt werden. Der Vorsitzende schloß die Tagung mit den besten Wünschen. Eine Anzahl Mitglieder nahm anschließend eine Besichtigung der Baum- und Obstplantage „Pomona“ unter liebenswürdiger Führung des Herrn A. Schölffer vor.

Seine Monatsversammlung hielt der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter, Ortsgruppe Neuf, in der vergangenen Woche. Geschäftsführer Hansen berichtete über das Gelingen der Beschäftigung Schwerbeschädigter, das in der augenblicklichen Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung bekommen hat. Sein Schluß steht allen zu, die 50 Prozent und mehr Rente beziehen, in Ausnahmefällen auch leichtbeschädigten, sofern sie den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind. Für Entlassung ist unter normalen Umständen Zustimmung des Landeshauptmanns erforderlich.

In allen Fällen lasse man sich vom Zentralverband sachgemäß beraten.

Ueber die neuen Maßnahmen im Versorgungs-wesen berichtete Kamerad Hahn. Er kritisierte vom Standpunkt der Kriegsbeschädigten aus die eingeschlagenen Einzelwege. Der hohe Ausgabebetrag für die Versorgung findet nur in der großen Zahl der Versorgungsberechtigten seine Erklärung. Hier Sicherung und Gewährung hoher Gehälter und Abfindung, dort Einschränkung auch kleinster Beträge, müsse Verbitterung erregen.

Die Kreisgruppe Neuf des Riffhäuserbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hielt im Vereinslokal Gerding eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung brachte u. a. Neuaufnahmen, Blumtag des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Weihnachtsfeier des Bundes. In der Aussprache behandelte man vor allem die Notverordnung, soweit sie die Kriegsbeschädigten betrifft. Dabei wurde keineswegs die besondere momentane Notlage unseres Vaterlandes verkannt, zu deren Steuierung auch die Kriegsbeschädigten trotz ihrer Bedürftigkeit helfen. Nur sei nicht leicht einzusehen, warum gerade auch die Kriegsoffer als erste herangezogen würden. Es wurde bedauert, daß mit der Herabsetzung der Krankenversicherung für die Kriegsbeschädigten noch keine festen Richtlinien getroffen wurden. Auch in der Versammlung wurde den Konfraternen, vor allem Herrn Direktor Kirchheim, der Dank für die interessante Besichtigung ausgesprochen. Ein gemütliches Beisammensein beschloß die Tagung. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Beratungskunden jeden Freitag ab 6 Uhr beim Kam. Sackermann (Ede Friedrich- und Breitestraße) kostenlos stattfinden.

Die Randwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf wird am 30. Oktober in ihrer neuen Zusammenfassung zur konstituierenden Versammlung zusammenzutreten. Die Kammer besteht aus 46 Mitgliedern, von denen 34 der Kammer noch nicht angehört haben. Zum erstenmale tritt auch eine Dame in die Kammer ein.

Einen weiten breiten Raum in den Verhandlungen des Vorstandes nahm eine Aussprache über die Wappentafeln ein. Man beschloß, durch einen Sachverständigen die mathematischen Grundlagen mehrerer Rassen begutachten zu lassen.

Zur Errichtung gemeinsamer Prüfungsausschüsse für solche Handwerker, die in der Industrie ausgebildet sind, erklärte sich der Vorstand grundsätzlich bereit. Die im Reichsinnenministerium ausgearbeiteten Richtlinien über Schulaufbau, Berufsausschüsse und Berechtigungen fanden grundsätzlich die Billigung des Vorstandes der Kammer.

Zinsfestsetzung für Aufwertungshypotheken hinausgeschoben. Der vom 1. Januar 1932 ab geltende Aufwertungszinssatz sollte bei Inkrafttreten des Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken (1. Oktober 1930), durch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates festgesetzt werden. Da die weitere Entwicklung der Verhältnisse am Kapitalmarkt sich zur Zeit noch nicht genügend überschauen läßt, hat die Reichsregierung beschlossen, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Möglichkeit der Zinsfestsetzung bis zum 15. Dezember 1930 hinauschiebt. Eine entsprechende Vorlage ist bereits dem Reichsrat zugegangen.

Der Bergbau im deutschen Volkstempel heißt der Konzertvortrag, mit dem am Sonntag, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr im Jugendheim am Markt die kath. Werkjugend von Neuf ihr Winterprogramm eröffnet. Der in weitesten Kreisen bekannte und beliebte Konzertführer, Herr Schubert-Meister, auch den meisten von uns durch seine gelungene Darbietungen im Westdeutschen Rundfunk in bester Erinnerung, wird in Wort, Bild und Lichtbild die Leiden und Freuden des Bergmannsberufes zeichnen. Wer den Bergmann in seiner Arbeit und in seinem Familienleben beobachten will, wer in die Seele dieses Schwerstarbeiters, wie sie in seinen Liedern sich wieder spiegelt, schauen mag und wer aus alledem für seine eigene berufliche Arbeit neue Kraft schöpfen will, der besuche den Werkjugendabend. Dem Sprecher der Bergarbeiter ist auch in Neuf, wie an vielen anderen Orten geschehen, ein volles Haus zu wünschen.

Fünfte Deutsche Verbraucherwoche. Die „Fünfte Deutsche Verbraucherwoche“ des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, vom 5. bis 12. Oktober vereint die 275 Verbandsorganisationen mit 2300 Vertretungsstellen in dem Streben, den Genossenschaftsgedanken in den Reihen ihrer Mitglieder zu vertiefen und der Öffentlichkeit Aufklärung über ihre Arbeit zu geben. Die Veranstaltungen in der Verbraucherwoche geschehen nach einem einheitlichen Plan, der alles in seinen Dienst stellt. Der diesjährige Leitgedanke der Verbraucherwoche ist „Familie und Genossenschaft“. Durch Arbeitslosig-

Das Erdbeben in Süddeutschland.



Karte des Erdbebengebiets.

das von Karlsruhe bis Innsbruck und von Nürnberg bis Freiburg reicht. Trotzdem in einigen Städten das Beben ziemlich stark spürbar war, sind glücklicherweise wesentliche Schäden nicht gemeldet worden.

Leit und Kurzarbeit wird der Zwang, mit geringsten Mitteln hauszuhalten, zur unentbehrlichen Notwendigkeit. Die Gefahren des Vorgehens, die Kalamitätsverletzungen zu unüberlegten Einfällen wachsen mit dem schlechten Gang der Wirtschaft. Demgegenüber bringt die Konsumgenossenschaft die Vorteile der Barzahlungen und des Sparens. Billige Preise, Rückvergütung und Eigenproduktion sind die Hauptfaktoren, wodurch Ersparnisse erzielt werden.

Ein Vorbild für die Deutsche Reichsbahn. Die tschechoslowakische Staatsbahn gewährt Reisenden, die sich in einem Kurort mindestens 10 Tage aufgehalten haben, auf der Rückreise eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung in einer beliebigen Wagenklasse und Zugattung. Diese Maßnahme hat den Zweck, den Fremdenverkehr in den Kurorten zu heben. Wir haben in Deutschland nur die Feriensonderzüge, die in beschränkter Anzahl nur verkehren und jede Bequemlichkeit vernichten lassen. Außerdem ist hier die Fahrpreisermäßigung von 10 v. H. außerordentlich niedrig. Die Tschechoslowakei gewährt sogar ausländischen Kurgästen bei Fahrt über eine beliebige Grenzstation diese Fahrpreisermäßigung für die Rückreise. Allerdings ist es erforderlich, daß sich die ausländischen Reisenden eine Bestätigung der Bade-Direktion über den Kuraufenthalt besorgen. Auf Wunsch werden auch zur Rückfahrt Rundreisekarten zu ermäßigten Preisen ausgestellt.

Während man also in anderen Ländern darauf ruht, durch Verbilligung des Fahrpreises den Fremdenverkehr zu heben, schlägt die Deutsche Reichsbahn den entgegengesetzten Weg ein und sucht durch Verteuerung der Fahrpreise das Unternehmen rentabler zu gestalten. Die Reichsbahnverwaltung sollte dieses ausländische Vorbild eingehend studieren und ihre Tarifpolitik danach einrichten.

Herr Anton Justenhoben (Neuf-Wedehoven) scheint, wie wir einem Schreiben an uns entnehmen, Wert auf die Feststellung zu legen, daß er mit dem in Briefwechsel unseres Hauptgeschäftsführers mit dem Zentralverband Deutscher Arbeitsinvaliden genannten Herrn J. nicht identisch ist. Wir stellen das hiermit auch unterbreitet fest.

Anschließend wiederholen wir unseren auch von den maßgebenden Kreisen geteilten Standpunkt, daß in dem sozialistischen Zentralverband Deutscher Arbeitsinvaliden kein Platz für unsere Parteiangehörigen ist. Mag man in örtlichen Gruppen auch keine Parteipolitik beschreiben, das den Mitgliedern des Zentralverbandes zugestellte Verbandsorgan verleugnet in keiner Weise den einseitigen sozialistischen Standpunkt und die einseitige sozialistische Methode. Wir wiederholen, was schon mehrfach erklärt wurde, daß wir auf keinen Fall die Hand dazu geben, daß unsere Parteimitglieder und Refer mit ihren Beitragsgrößen eine Sache unterstützen, die politisch nicht die ihre ist.

Alle Parteimitglieder und Leser werden aufgefordert, sich dem nunmehr in Neuf und Umgebung bestehenden Bund christlicher Arbeitsinvaliden, Witwen und Hinterbliebenen (Eich-München) anzuschließen. Mit dem Uebertritt geht kein erworbenes Recht verloren, und wir werden durch tatkräftige Unterstützung des Münchener Bundes unsere volle Pflicht gegenüber dieser den christlichen Gewerkschaften angehörenden und mit ihrer Unterstützung arbeitenden Invalidenbewegung tun.

Fahrraddiebstahl vor Gericht. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni wurde einem Maurergehilfen ein Fahrrad, das vor einer Wirtschaft in Raarlt stand, entwendet. Als Dieb wurde ein Aldergehilfe aus Wüllich ermittelt. Der gefandene Angeklagte erhält wegen Diebstahls 3 Wochen Gefängnis. — Einem Mann aus Neuf wurde im Januar das vor einer Wirtschaft stehende Fahrrad entwendet. Der Dieb erklärte, daß er bei Begehung der Tat betrunken gewesen sei, er habe das Rad zurückgeben wollen, habe aber den Eigentümer nicht gefunden. Der Angeklagte erhält wegen Diebstahls im Rückfalle 3 Monate Gefängnis. — Bei einem weiteren Fahrraddiebstahl handelte es sich in der Strafsache gegen zwei Männer. Während der eine freigesprochen wurde, erhielt der andere 2 Wochen Gefängnis.

Der R. K. V. „Nobesia“ hielt Generalversammlung.

Bei der gestrigen Generalversammlung des R. K. V. „Nobesia“ wurde zu Beginn durch den Vorsitzenden, Herrn Matth. Kreuels der 2. Vorsitzende Bongartz anschließend seiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Verein geehrt. Der Jahresbericht wurde alsdann von Herrn Bernh. Kemmer erstattet; daraus ging hervor, daß der Stammverein um 20 Mitglieder, auf 549 gewachsen ist. Die Jugendabteilung ist mit 120 Mitglieder in gleicher Höhe des Vorjahres geblieben. Erwerbslose Mitglieder hat der Verein zur Zeit nur 20 Personen. Drei Mitglieder verlor der Verein durch den Tod. Es waren die Herren Kirschen, Kollen und das Vorstandsmitglied Albin Kehl. Die gemeinschaftlichen Veranstaltungen mit Angehörigen waren besser besucht als die regelmäßigen Mittwochveranstaltungen. Das Stiftungsfest wurde in diesem Jahre nicht mehr besonders gefeiert, da das eigentliche Stiftungsfest durch das im Oktober gefeierte goldene Jubiläum gehalten war. Bei Gelegenheit des silbernen Jubiläums des

Die Überführung der Opfer der „R 101“-Katastrophe.



Der Trauerzug mit den 47 Särgen bewegt sich zum Rathaus von Beauvais, wo die Toten noch einmal aufgebahrt wurden, ehe sie mit dem Sonderzug nach Calais überführt wurden.

Herr Oberpfarrer wurde die „Oberpfarrer Widmann-Stiftung“ gegründet zur Unterstützung in Not geratener Mitglieder. Die Kasse weist 3100 Mark an Bestand auf. Der Vorstand schlägt der Versammlung vor, von dem Vereinsvermögen einen Betrag von 1000 Mark dem Unterstützungsfonds des Vereins zu überweisen. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde dem Vorschlag des Vorstandes entsprechend die beiden ausscheidenden Herren Bongartz und Janßen wiedergewählt und Herr Heinrich Floer neu in den Vorstand gewählt. Gemäß Verbandsbeschluss entsendet der Jungmänner-Ring seinen Obmann, Herrn Mahler, in den Vorstand. Herr Matthias Kreuels bezieht sich zum Schluss die Stellenvermittlung als eine der schönsten Aufgaben des R. A. V. Nach Behandlung der Hauptpunkte der Tagesordnung entwickelte sich eine lebhafte Aussprache.

Die 68er Vereine wieder in Neuf.

Der Verein ehemaliger 68er Neuf kann in diesem Jahre auf ein 40-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlass veranstaltet der Verein am kommenden Sonntag besondere Festlichkeiten, die mit der Herbsttagung des Verbandes der 68er Vereine verbunden sind. Im Jahre 1888 sammelte der damalige Kantor der Münsterkirche, Wilhelm Blömer, die ihm bekannten ehem. 68er zur Gründung eines Vereins. Sofort traten der Neugründung 22 Mitglieder bei, die den Kameraden Heinrich Gahn zum Vorsitzenden wählten. Die Annahme beim Kreisverband erfolgte jedoch erst im Jahre 1890, so daß der Verein seit dieser Zeit erst offiziell datiert. 1892 wurde die Fahnenweihe auf feierlicher Weise in der Tonhalle begangen. Im Laufe der Jahrzehnte wechselte der Vorsitz mehrfach und lag nacheinander in den Händen der Kameraden Herrn Müller, Karl Kautzsch, Matth. Meuter, Wilhelm Blömer, Michael Breuer und Matth. Verflappen, der heute noch das Amt des 1. Vorsitzenden bekleidet. Bei der glanzvollen Feier in Koblenz aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Regiments war auch der Neufener Verein stark vertreten. Bei Kriegsausbruch wurde das Vereinsleben fast ganz lahmgelegt. Nach dem Einzug der Besatzung mußte es vollkommen ausgesetzt werden. Erst 1926 konnte wieder an den Neuaufbau des Vereins gedacht werden und in kurzer Zeit hatten sich schon 150 Kameraden um die alte Fahne geschart. Die mehrere Jahre im Museum aufbewahrt worden war. Von dem regen Vereinsleben zeugt der Erfolg des Regimentsappells der 68er, der vom Neufener Verein vorbereitet wurde und nahezu 4000 Kameraden in Neuf versammelte. Die nächsten Jahre waren dem inneren Aufbau des Vereins und seiner Aufgabe gewidmet, das Kameradschaftsgefühl zu stärken und Vaterlandsliebe zu pflegen. Durch Besuch der Kameradenvereine in Neuf und der Brudervereine in den anderen Städten hat der Verein auch dieser Aufgabe zu dienen gesucht und man darf erwarten, daß es am Sonntag an Gästen von nah und fern nicht fehlen wird.

Was bei der Zwangssetatifizierung passieren kann.

Die Etatsberatungen für das laufende Rechnungsjahr hatten sich vielfach wegen der außerordentlich schwierigen Finanzlage der Gemeinden sehr in die Länge gezogen und verschiedentlich erboten sie gar noch ergebnislos, so daß die Aufsichtsbehörde eingreifen und im Wege der Zwangssetatifizierung den Finanzplan feststellen mußte. Wir haben früher schon verschiedentlich an anderer Stelle davon gewarnt, es bis zur Zwangssetatifizierung kommen zu lassen, und darauf hingewiesen, daß die Gemeinden dabei meist vom Regen in die Traufe kommen würden, abgesehen davon, daß die Pflicht aus der Verantwortung wenig geeignet ist, den Reichtum vor der Selbstverwaltung zu fördern. Einige weitere Beispiele dazu: In mehreren Sitzungen hatte das Stadtverordnetenkollegium in Andernach den Etat wegen der hohen Steuererhöhte abgelehnt. Die Regierung hat nunmehr mit Genehmigung des Bezirksausschusses die Zuschläge zu den Steuern in der Höhe, wie sie bereits im April von der Stadtverwaltung vorgeschlagen wurden, zwangsweise festgesetzt. Demnach werden folgende Zuschläge erhoben: 350 Prozent Gewerbesteuer, 1800 Prozent Einkommensteuer. Die Sätze übersteigen erheblich die Grenze, die seinerzeit von der Mehrheit des Kollegiums als tragbar bezeichnet wurde.

Für den Deckungsvorschlag der Stadtverwaltung von 6 Millionen konnte sich keinerlei Mehrheit im Stadtparlament finden. Aus diesem Grunde setzt jetzt die Regierung einen Zwangssetat fest und verfährt in einer Verordnung folgende Steuerhöhen: 350 Prozent Grundvermögenssteuer, 780 Prozent Gewerbesteuer, 2700 Prozent Ertragsteuer und 2900 Prozent Einkommensteuer. Zum größten Teil handelt es sich um Steuererhöhte, die bereits die Verwaltung vorgeschlagen hatte.

An den Etat der Stadt Dortmund hat der von der Regierung beauftragte Kommissar kräftig Abstriche vorgenommen. Ein großer Teil der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der städtischen Körperschaften und Kommissionen wurde gestrichen oder aber auf ein Minimum reduziert, sogar städtische Personentransportwagen wurden veräußert oder vorläufig außer Dienst gestellt.

Es ist hier ein Auspruch des Prof. Dr. L. in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1927 in die Erinnerung gerufen, der schrieb:

„Das ist gerade das Verhängnisvolle, daß alle Parteien ohne Unterschied das Wort Selbstverwaltung so gern im Munde führen und die schönsten Reden darüber halten, wenn es aber darauf ankommt, verfassungsmäßige Gesetze zu machen, die der Selbstverwaltung in den Gemeinden freien Spielraum geben, immer das Gegenteil ihrer schönen Reden tun und widerstandslos die Macht der staatlichen Bürokratie verjagen.“

Preisentzugsmaßnahmen bei der Reichspost.

Von der Handwerkskammer wird uns geschrieben: „Dem Reichsverband des deutschen Handwerks gegenüber war aus Kreisen seiner Mitgliedskörperlichen Besorgnis darüber gefaßt worden, daß bei vielen Oberpostdirektionen nur das niedrigste Angebots als angemessener Preis betrachtet wurde und von diesem niedrigsten Angebot überdies noch in einen Nachschuß von 10 Prozent eingetretet werden sollte. Der Reichsverband des deutschen Handwerks nahm hierauf Veranlassung, bei dem Reichspostministerium wegen des geübten Verfahrens vorstellend zu werden. Auf diese Eingabe hat der Reichsverband nunmehr nachstehendes Schreiben seitens des Reichspostministeriums erhalten:

„Ihre Annahme, daß die in Verbindung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichspost eingeleiteten Preisentzugsmaßnahmen ausschließlich auf Kosten

der Bauwirtschaft vorgenommen werden sollen, trifft nicht zu. Vielmehr sind die Preisentzugsmaßnahmen grundsätzlich bei allen Aufträgen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms gefordert und auch in weitgehendem Maße zugestanden worden.

Die Oberpostdirektionen sind auch nicht angewiesen worden, wahllos vom Mindestfordernden bei einer jetzt vorgenommenen öffentlichen Ausschreibung eine Herabsetzung der Preise um 10 v. H. zu verlangen. Vielmehr ist verfügt worden: „Alle für Leistungen und Lieferungen, die nach Eingang dieser Verfügung entgegengenommen werden, sind sorgfältig darauf zu prüfen, ob sie gegenüber den zuletzt vor dem 1. 7. 1930 als angemessen erachteten Preisen eine Minderung um mindestens 10 v. H. erkennen lassen. Nur Angebote, bei denen dies der Fall ist, sind zu berücksichtigen.“

Von dieser Anordnung kann nicht abgegangen werden. Hier sind bisher keine Fälle bekannt geworden, bei denen die Oberpostdirektionen im Rahmen des beschriebenen Verhandlungsverfahrens oder sogar, nachdem die Arbeiten bereits ausgeführt waren, den mindestfordernden Unternehmer zu einem Preisnachschuß zu zwingen versucht hätten.

Ihren Ausführungen, daß bei Beurteilung der Preiswürdigkeit der Angebote nicht ohne weiteres das niedrigste Angebot zugrunde gelegt werden kann, sondern daß dabei von dem im Sinne des § 26 Ziff. 2 der WVO Teil A preiswürdigen Angebot auszugehen ist, wird beigetreten.

Weiter kann diese Antwort keine Befriedigung im Sande ertönen. Daß die Oberpostdirektionen zu gern das niedrigste Angebot als angemessen betrachten, hat die Erfahrung immer wieder bestätigt. Die von der Post zuletzt vor dem 1. Juli 1930 als angemessen erschienenen Preise waren eben fast durchweg die Forderungen der Mindestangebote.“

Das Kerzenlicht.

In Berlin beginnen, so melden die Blätter, die Verhandlungen mit den Parteien.

Wenn Parteien tagen, ist es meist Nacht. Das hatte auch der Volksstamm der Tschakowskys in Zentralasien bald heraus. Und sie beschloßen, bei den Zusammenkünften unter den Stuhl eines jeden Einzelnen ein brennendes Kerzenlicht zu setzen. Keiner durfte aufstehen, ehe die Tagesordnung erledigt war. Je wärmer es von unten wurde, um so schneller wurden die Beschlüsse gefaßt. Der Staat aber blühte, wuchs und gedieh.

Das wäre auch eine sinnreiche Methode für unsere deutschen Parteien — soll mal sehen, wie schnell Einstimmigkeit erzielt würde.

Alle sollten ein brennendes Kerzenlicht unter dem Stuhl haben. Das Licht soll leuchten und brennen. Es braucht ja gerade nicht das eigne zu sein.

Vereins-Nachrichten.

Jünglings-Kongregation der Münsterkirche. Heute abend 8 1/2 Uhr in der Kapelle des Herz-Jesu-Klosters Religionsvortrag für alle Mitglieder. Alle wollen pünktlich und vollständig erscheinen.

Männergesangsverein „Eintracht“ Neuf. Heute abend 8 1/2 Uhr Operettenprobe; 9 1/2 Uhr Chorprobe für unser Stiftungs-fest am 16. November.

Geistesverein. Am Freitag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei P. P. P. Kapellstraße, Vortrag über Hölle und Hölle mit Vorführung der Ständekarte und Probevorstellung statt. Fräulein J. H. als geschulte Rednerin bietet außerordentliches auf dem Gebiete der schmalen Präsentation, aus Hölle zubereiteter Speisen. Keine Danksagung, kein junges Mädchen, die sich für gute, gesunde Küche interessieren, darf fehlen. Jedermann ist willkommen.

„Koblenz“, Verein kath. Kaufleute. In diesem Jahre soll wieder die Wallfahrt der kath. Kaufleute des niederrheinischen Raumes und der benachbarten Vereine nach Aachen stattfinden. Die Wallfahrt findet am Sonntag, den 12. Okt., statt. 6.30 Uhr Abfahrt von Neuf (Güterg., Sonntagstaxi). 8.30 Uhr: Vom Bahnhof Aachen aus Projektion zur Basilika. 9.00 Uhr: Feierliches musikalisches Hochamt in der Basilika für die Lebenden und Verstorbenen Wallfahrer. 11.00 Uhr: Kreuzweg mit Festpredigt. 13.30 Uhr: Gemeinsamer Mittagstisch im „Heidelberger Hof“. Es wird dringend gebeten, wenn möglich, vollständig daran teilzunehmen. (Preis des Essens 1.75 Mark pro Person). Anmeldungen bis zum 10. Oktober an die Geschäftsstelle, Telefon 5092. 15.30 Uhr: Versammlung der Pilger im „Heidelberger Hof“. Vortrag des Herrn Generalpräses A. Brod: „Der katholische Kaufmann und die Familie“. 17.11 Uhr: Rückfahrt nach Neuf. Die Damen bilden eine geschlossene Gruppe am Schluß der Projektion. Alle Projektionsteilnehmer, auch unsere Damen, werden herzlich und dringend gebeten, den Anweisungen der Projektionsleitung unbedingt Folge zu leisten. Mögen recht viele Mitglieder mit ihren Angehörigen teilnehmen.

Aus Nah und Fern

Der Düsseldorf-Gerichtsvollzieherprozess.

Düsseldorf, 8. Okt. Am heutigen dritten Verhandlungstage bestritt die Angeklagte Wintgen, davon gewußt zu haben, daß Kurred 13 000 Mark unterschlagen hatte. Die Angeklagte Karl Hermann und der Junglehrer Heinrich Schmitz wollten nur Leistungen über diejenigen Beträge ausgestellt haben, die ihnen rechtmäßig zukamen. Schmitz gibt zu, auf Anweisung Kurreds in einem Versteigerungsprotokoll verschiedene Posten geändert zu haben. Der Angeklagte Leo Josten, ein früherer Justizangestellter, hat als Nebenarbeit die Korrespondenz für Kurred erledigt; er bestritt entschieden, auf Anweisung Kurreds Protokolle gefälscht zu haben. Ebenfalls will er aus einem Aktenstück, das ihm als Justizangestellter zugänglich war, Schriftstücke entnommen und durch andere ersetzt haben.

Der Angeklagte Wilhelm Blömer will nur einmal eine Gefälligkeitsquittung ausgestellt haben. Versteigerungsprotokolle seien von ihm nicht gefälscht worden. Hierfür gibt Kurred eine Schilderung der Ereignisse kurz vor seiner Flucht, auf der er von dem bereits abgeurteilten Gerichtsvollzieher Kellers und den Eheleuten Supper begleitet wurde. Die Fahrt ging zuerst nach einem kleinen Eisdorfer und dann nach Ahrold, wo Frau Kurred nach einigen Tagen ihren Mann in eine Anstalt brachte. Der Angeklagte Heinrich soll sich hierauf bereit erklärt haben, eine Bürgschaft für eine etwaige Haftentlassung zur Verfügung zu stellen. Heinrich soll auch einen Aktenoffizier verlobt haben.

Gute Tat und ihr Lohn.

Köln, 8. Okt. Der Polizeipräsident hat dem Eisendreher Ludwig Wader, der durch sein kaisertreues Eingreifen die

sofortige Festnahme eines der Täter bei dem Heberfall am Montag auf den Geldbeträger ermöglichte, seinen besonderen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen. Wie wir noch erfahren, hat die Reichspost Wader ein Geschenk für seine Tapferkeit gemacht und ihm gleichzeitig eine Stelle bei der Post angeboten, die Wader angenommen hat.

Dienstentlassung eines Bürgermeisters ohne Pension.

Münster, 8. Okt. Der Kreisrat des Kreises Münster hat als Disziplinargericht in einer Sitzung unter Vorsitz von Landrat v. G. den suspendierten Bürgermeister von Baderich (Kreis Münster) mit sofortiger Dienstentlassung ohne Zahlung einer Pension oder sonstigen Unterstützung bestraft. Die Kosten fallen dem Bürgermeister zur Last.

Imparität gegen Katholiken.

Bielefeld, 8. Okt. In Bielefeld leben 13 000 Katholiken und 11 000 Protestanten. Für ihre Kranken sorgen das St. Marienhospital und das Städtische Krankenhaus. An beiden Krankenhäusern übten bisher die beiden Chirurgen Generalarzt Dr. Graßmann (Protestant) und Assistenzarzt Dr. Bennemann (Katholik) gemeinsam ihre anerkannte bedeutende ärztliche Kunst aus. Mit dem Rücktritt des Herrn Dr. Graßmann ist am 1. Oktober darin eine einschneidende Veränderung eingetreten, indem das städtische Krankenhaus nicht dessen Sozialis, Dr. Bennemann, übernahm, sondern einen fremden Chirurgen anstellte, der nach den Meinungen der Verwaltung und der Mehrheit des Ausschusses protestantisch sein mußte. Nun ist das Städtische Krankenhaus eine paritätische Anstalt und daher war die grundsätzliche Ausschließung katholischer Bewerber nicht in der Ordnung.

Das Marienhospital ist dagegen eine private Anstalt und Dr. Bennemanns Ruf als Chirurg ist gegründet. Man hat aber seine Bewerbung kurzerhand beiseite geschoben. Dieses ungewöhnliche Verfahren ist im städtischen Ausschuss von sämtlichen Parteien außer dem Zentrum gebilligt worden. Vor 17 Jahren, als der Chirurg des Marienhospitals Dr. Tendorich starb, hat das Kuratorium seinen derzeitigen Assistenten, eben denselben protestantischen Dr. Graßmann ohne Bedenken zum Nachfolger gewählt.

Das Städtische Gymnasium mit Realschule beschäftigt 19 Lehrkräfte. Davon sind nur vier Herren katholisch, darunter der katholische Religionslehrer. Von den Schülern der Anstalt sind drei Siebtel katholisch, vier Siebtel evangelisch. Im Gymnasium allein überwiegen die Katholiken. Die Anstalt erhält einen jährlichen städtischen Zuschuß von etwa 7000 Mark.

Mahen kann nicht mehr.

Mahen, 8. Okt. Die Notlage in der Stadt Mahen ist infolge des gänzlichen Darniederliegens der Steinindustrie außergewöhnlich groß. Jeder dritte Bewohner der Stadt wird aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die Stadt hat beinahe 2,5 Millionen Mark Schulden, das Defizit im Haushalt ist infolge der enormen Wohlfahrtsbelastung auf 100 000 Mark angestiegen. Der Bezirksausschuss hat eine Anleihe, die zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Stadt dienen sollte, abgelehnt. Dagegen hat der Stadtrat protestiert. Die Fraktionen des Zentrums, der Bürgervereine und der Sozialdemokraten haben eine gemeinsame Entschließung gefaßt, in der an die Bevölkerung, insbesondere an die Festbesoldeten, der Aufruf gerichtet wird, ab 1. Oktober auf sechs Monate laufende Geldmittel bzw. einen Teil des Nettogehaltes zu geben, um den Bedürftigen der Stadt helfen zu können. Den notwendigen Familien sollen bei vier Personen drei Zentner, bei fünf und mehr Köpfen fünf Zentner Kartoffeln und drei bis fünf Ztr. Weizen zur Verfügung gestellt werden. Ein Kuratorium wurde mit der Durchführung dieser Winterhilfe beauftragt. In vier Stadtteilen werden außerdem Volksschulen eingerichtet.

Zum Tode verurteilt.

Essen, 8. Okt. In zweitägiger Verhandlung beschloß das Schwurgericht Essen mit dem 22-jährigen Schmied Wilhelm Haarmann und dem 25-jährigen Bergmann Louis Baupel, beide aus Bochum-Linden, wegen Raubmordes. Die Verurteilten hatten am Pfingstsonntag d. J. ihren Jugendgenossen, den 19-jährigen Handwerker Paul Dybussel, in einen Keller gelockt, mit einem Beil erschlagen und beraubt. Beide wollten mit dem geraubten Gelde die Kirmes besuchen. Als Beute fielen ihnen ganze fünf Mark in die Hände. Heute mittag wurde das Urteil gesprochen. Es lautete für beide wegen gemeinschaftlichen Mordes auf Todesstrafe.

Unregelmäßigkeiten auch in Rettwig.

Rettwig, 8. Okt. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung machte Bürgermeister Hopmann die Mitteilung, daß ein 18-jähriger Gehilfe des Bauamtes mit Hilfe falscher Klassenbelege Unterschlagungen in Höhe von 2000 Mark gemacht habe. Gegen den zuständigen Stadtbaumeister, der mit in die Sache verwickelt ist, der ferner für außeramtliche Betätigung Vergütungen angenommen hat, ist das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Kampf mit Wilderern.

Wosheim (Gunsrück), 8. Okt. Im Walde bei Wosheim wurden zwei Wilderer auf frischer Tat ertappt. Der eine von ihnen widerstand sich dem Forstbeamten. Als dieser sich angriffen ließ, gab er auf den Wilderern einen Schrottschuß ab und machte ihn kampfunfähig. Das durch diesen Schuß Beschädigte Gewehr des Jagdrevierers und die Jagdbeute fielen in seine Hände. Der eine Wilderer wurde ins Krankenhaus gebracht, der andere abgeführt.

Tod in der 25 000-Vollleitung.

Freier, 8. Okt. Gestern kam der verheiratete Anstreicher Biedermann, der beim hiesigen Elektrizitätswerk Anstreicherarbeiten ausführte, der 25 000-Vollleitung zu nahe. Er blieb mit dem Rücken an der Leitung hängen und erlitt, ehe der Strom abgestellt werden konnte, so schwere Verbrennungen, daß er starb.

Kein Mordgeständnis auf dem Sterbebett.

Waldthierheim a. d. R., 8. Oktober. Zu der kürzlich verbreiteten Meldung, wonach ein 70-jähriger jetzt auf dem Sterbebett gestanden haben soll, Witwiffers des vor 42 Jahren an dem Fuhrmann Jodel verübten Mordes zu sein, erfährt der „Essenische Anzeiger“, daß man in amtlichen Kreisen von einem derartigen Geständnis nichts weiß. Eine Untersuchung wurde nicht eingeleitet; sie wäre auch zwecklos, da die Straftat längst gerichtet ist. Das Gerücht von einem Geständnis des Mörders bzw. eines Witwiffers taucht immer wieder auf.

Ein verhängnisvoller Kartoffelwurf.

Schwerte, 8. Okt. Leichtsinzig handelte, so schreibt die „Trenonia“, ein etwa 13 Jahre alter Knabe, der auf einem

Aus dem Kreise Grevenbroich-Neuß.

Grevenbroich.

Der Stadtrat des alten Grevenbroich hält morgen die letzte Sitzung ab. Durch die Neugliederung ist ihm kein langes Leben beschieden gewesen. Bekanntlich sind dem provisorischen Etat 1930 bis Oktober die Zahlen des Etatsjahres 1929 zu Grunde gelegt worden, mit Ausnahme der Schul- und Wegebaukosten, für die man das Jahr 1928 angenommen hat. Zu erledigen ist noch die so dringliche Schaffung einer neunten Volksschule an den Schulen der Stadt Grevenbroich. Ob die Regierung Bestimmungen über einen interimsistischen Stadtrat treffen wird, der bis zu den Neuwahlen die Geschäfte des Stadtrates zu besorgen hätte, und ob die Zahl der Stadtverordneten auch in dem erweiterten Grevenbroich dieselbe bleibt oder erhöht wird, steht noch dahin. Durch die katastrophale Erhöhung der Fürsorgekosten der Gemeinden infolge der sich stets verschlechternden Wirtschaftslage wird auch die Stadt Grevenbroich besonders betroffen. Die geplante Kreissteuer, welche für den ganzen Kreis Grevenbroich-Neuß zur Bestreitung der Fürsorgekosten erhoben werden muß, wird sich wohl auf eine Million Mark belaufen. Die Stadt Grevenbroich würde dann mit 110—120 000 Mark Kreissteuer die Hälfte ihrer Kommunalsteuer für diese zu verwenden haben. Eine Senkung der Realsteuern würde dann nicht möglich sein. Im Gegenteil müßte eine Erhöhung eintreten und unter dem Zwange der Reichsgehalte auch die Bier- und Bürgersteuer in Erwägung gezogen werden. Hoffentlich wird es gelingen, die Steuern auch in Zukunft in erträglichen Grenzen zu halten. Eine Besprechung darüber soll auch morgen schon stattfinden. Da die Neuwahlen für den Stadtrat des erweiterten Grevenbroichs und für das neue Amt Grevenbroich möglichst schon in überraschend kurzer Zeit stattfinden, wird auch die Zentrumspartei zeitig alle Vorführungen treffen, um vor Neuwahlen sicher zu sein, damit auch das erweiterte Grevenbroich wie das alte Grevenbroich das auch bei den letzten Reichstagswahlen getan hat, den übrigen Gemeinden mit den Zentrumstimmen vorbildlich vorangehe.

Der Bischof auch bei den Kleinen auf dem Welchenberg. Reich prangte das Kindererholungsheim im Flaggenschmuck. Von der Visitation und Firmung in Neuenhausen kommend,

erschien der hochwürdigste Herr Weihbischof Dr. Sammel gegen 12 Uhr vor dem Heim. Zum Empfang hatten sich die Vertreter der Gemeinde- und der Kreisverwaltung eingefunden. Für den erkrankten Landrat richtete der erste Kreisdeputierte Herr von Meer herzliche Begrüßungsworte an den Oberhirten. Wie vor Jahrhunderten St. Willibrordus auf dem Welchenberg das Kreuz aufpflanzte und auch dem Niederrhein den Glauben veränderte, wie dann in späteren Zeiten die Väter des hl. Franziskus auf dieser Höhe ein Kloster mit einer Kirche errichteten und legendarisch in der Umgebung wirkten, so würde auch heute an dieser Stätte Kulturarbeit geleistet und die erholungsbedürftigen Kinder des Kreises liebevoll gepflegt und betreut. In einem Gebädte begrüßte ein Pfleger den hochw. Herrn. In der Kapelle richtete Se. bischöfliche Gnaden freundliche und liebevolle Worte der Unterweisung und Ermahnung an die Kleinen, worauf die hl. Firmung erteilt und nach einer kurzen Andacht die Feier ihren Abschluß fand. Durch die Reihen der spaltbildenden Kinder zog der Herr Weihbischof durch das reich besagte Neuenhausen nach Altrath. Mit dem Kreisvertreter hoffen wir, daß es nicht das letzte Mal war, daß sich ein Bischof auf dem Welchenberg einfand.

Der St. Martinsverein ladet die Bürgerschaft freundlich zu einer Versammlung auf heute abend 8 Uhr in den Adler, Gastwirtschaft Plum, behufs Vorbereitung der Veranstaltung am Martinsabend ein. Es muß auch in diesem Jahre gesagt werden, daß der Kinderwelt, die ohnedies unter der Schwere der Zeit so zu leiden hat, ein fröhlicher Martinsabend bereitet wird.

2. Niederrheinische Naturschutztagung. Die 2. niederrheinische Naturschutztagung wurde von der Landschaftsstelle für Naturschutzpflege am linken Niederrhein und der Kreisstelle für Naturschutzpflege in Kleve für den 11. und 12. Oktober nach Kleve einberufen. (Beginn 11. Oktober 16 Uhr im Rathaus). Als Hauptverhandlungsgegenstand wurde diesmal der besonders für das Grenzgebiet so wichtige Vogelschutz gewählt. Das Programm wird das Interesse aller Naturfreunde finden. Am Nachmittag des 12. Oktober findet eine Fahrt nach Schloß Moyland zum Reiterstand im Tannenbusch und dem Reichswald statt. Mit der Tagung ist eine Vogelstuhlausstellung verbunden. Da es der Landschaftsstelle sehr darauf ankommt, weiteste Kreise der Bevölkerung für den Gedanken des Natur-

schutzes zu gewinnen, sind die Verhandlungen öffentlich und alle Freunde herzlich willkommen.

Diebstahl in Geln.

Geln, 8. Okt. Gestern drang ein Dieb zwischen 7 und 8 Uhr in die Wirtschaft Krappohl in Geln ein. Als er in das Schlafzimmer der Eheleute kam, wurden die Bewohner auf den Dieb aufmerksam. Er flüchtete und entkam unter Mitnahme von Schmuckstücken und einer goldenen Uhr.

25jähriges Dienstjubiläum.

Holzheim, 9. Okt. Herr Arnold Hilgers in Holzheim, Kapellenerfr., 21. feiert am 10. Oktober d. J. sein 25jähriges Dienstjubiläum als Filialleiter bei der Asbest- und Packungsfabrik Hedder Burgmann in Düsseldorf, Luisenstraße 110.

Theaterabend in Raath.

Raath, 9. Okt. kommenden Sonntag, den 12. Oktober, veranstaltet die Spielschar des hiesigen kath. Jünglingsvereins einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das dreiaktige Lustspiel „Der Schusterbaron“. Die Aufführung erhielt eine sorgfältige Vorbereitung unter bewährter Leitung, so daß sich, unter Berücksichtigung des geringen Eintrittspreises, ein Besuch lohnen wird.

Volkstanz in Sped.

Sped, 8. Okt. Die Kirchengemeinschaft Sped feiert in altergebrachter Weise ihre diesjährigen Kirchengesellschaften am 11., 12., 13. und 14. Oktober. Im Riefengelte sollen die Besucher recht schöne Stunden erleben. Das nähere Programm ist aus der Samstagsnummer dieser Zeitung zu ersehen.

Manloer Chronik.

Manlo, 8. Okt. Im Felde zwischen Manlo und Hochmünster brannten zwei Weizenfelder nieder. Es liegt Brandstiftung vor. Die Ermittlungen blieben bisher ohne Erfolg. — Einem Landwirt wurden aus dem Baumgarten etwa 150 Pfund Pfirsiche gestohlen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

— Am vergangenen Sonntag abend gegen 11 Uhr wurde eine junge Frau von hier zwischen Widdrathberg und Manlo auf der Provinziallandstraße von einem unbekannten Manne angefallen. Auf Hilferufe entfernte sich der Täter mit dem Fahrrad der Leberfallenen. Die nach dem Täter angestellten Ermittlungen blieben bisher ohne Erfolg. Das Fahrrad wurde gestern hinter dem Friedhof wiedergefunden.

Pflege und Förderung des Brieftaubensports.

Widdrath, 9. Okt. Der Brieftaubenverein „Ohne Furcht“ Widdrath hieß im Vereinslokal von Bernrath unter dem Vorsitz des Herrn Peter Conrads eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende gab die Gesamt- und Einzelsieger der drei Reisetouren der Grevenbroicher Reisevereinigungen (Senioren und Junioren) bekannt. Bei der ersten Reisetour (Senioren) errangen die ersten Siege H. Flader, Jean Jungverdorben und Heinrich Bahr. Gesamtsieger der ersten Reise, die bis Kreuzburg (823 Km.) führte, blieb Heinrich Bahr. Als Gesamtsieger bei der zweiten Reisetour (Gera 396 Km.) ging Peter Conrads hervor. Bei den Junioren errangen Franz Wehres und Gebr. Schmitz die ersten Siege. Bei der Jungtour der diesjährigen Tauben, die über 168 Km. führte, blieb ebenfalls H. Bahr mit seinen Tauben Gesamtsieger. Auf der Bundesausstellung des Deutschen Brieftaubenverbandes in Baden am 15. und 16. November wird auch der hiesige Verein vertreten sein.

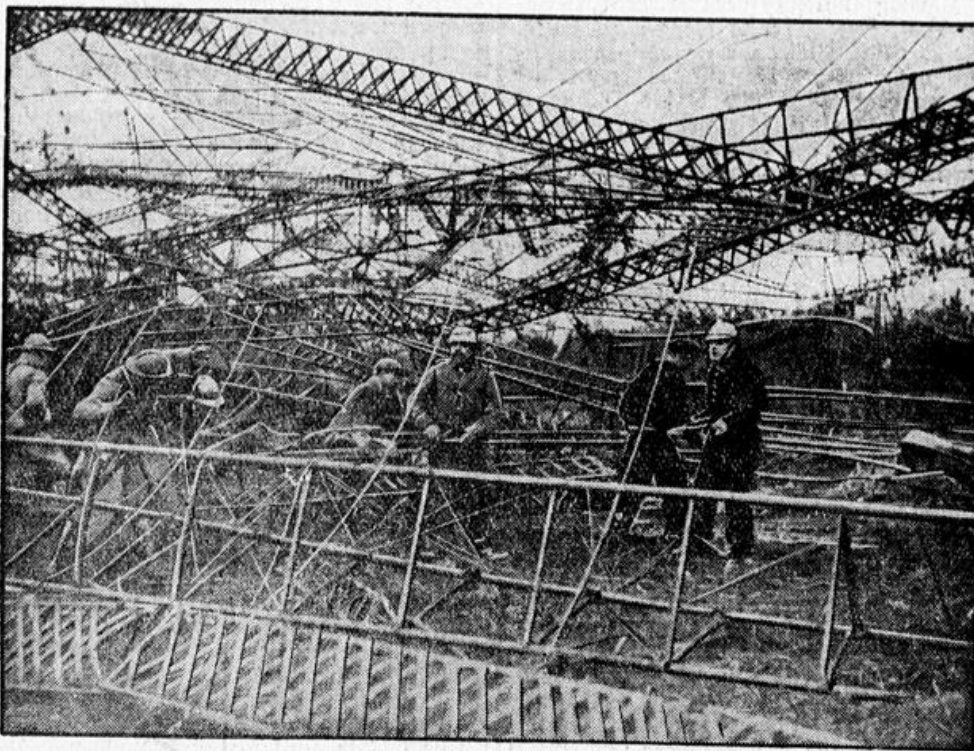
Ein Rabiater!

Widdrath, 8. Okt. Als gestern nachmittag ein hiesiger Expediteur einen Mann mit einem Stoch noch knapp vor dem Ueberfahren durch seinen Traktor retten konnte, lief dieser dem Fahrzeug nach und verfehlte dem Besitzer einen Schlag in das Gesicht. Es kam aber an den Unrechten und wurde in Haft genommen.

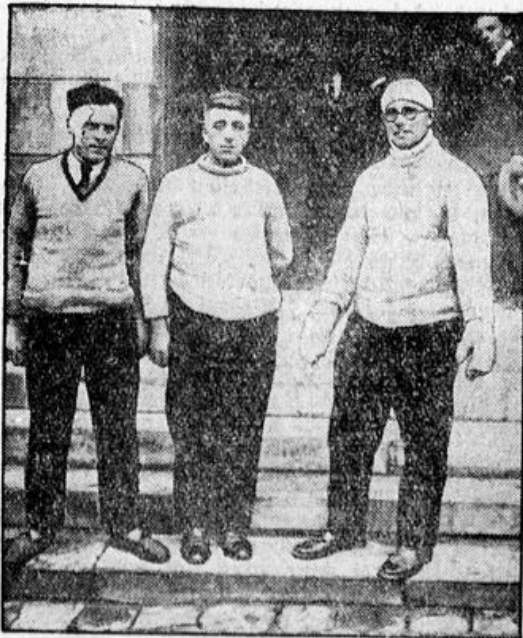
Generalversammlung

der Zwangs-Innung für das Bäckerhandwerk Neuß-Land. Die Innung hielt im Lokal des Restaurants Theodor Wienen in Neuß ihre Pflichtversammlung ab. Einer Einladung der Versuchsbäckerei der Mühlenwerke Gottschalk A. G. Krefeld folgend, fuhr der Vorstand der Innung mit dem Leiter der Versuchsbäckerei der Innung, Herrn Gewerbeschnulleiter Fuchs aus Widdrath nach Krefeld, um an dem Versuchs-Baden mit den neuen Mehlen, bedingt durch das neue Brotgesetz, teilzunehmen. Reden, und für jeden Kollegen nützbringende Erfahrungen wurden dort gesammelt. Nach-

An der Stätte der furchtbaren Luftschiffkatastrophe.



Die Aufräumarbeiten an der Trümmerstätte. Französische Soldaten und Feuerwehrlente montieren das Riefengerippe ab.



Drei Insassen, die dem Tode entgingen. Von links nach rechts die Luftschiffer Bell, Reach, Benks.



In schlichten Särgen lagen die Opfer der Katastrophe vor dem Rathaus in Monne aufgebahrt.

Kapitän Sig-
an de Biffer,
n Mannheim;
n Rotterdam;
n Raiz; Rahn
Rahn Rume-
lia, Schiffer
Schiffer Müllig-
r Schred, von
den, von Rot-

ht, Kapitän
and, Kapitän
pop, Kapitän
ue, Kapitän
rliebe, Rapi-
traut, Rapi-
anna, Kapitän
iffer Detmers,
r Wingenber,
r Krüger, nach
nach Maas, nach
nach Düsseldorf;
ch Andernach;
ttsburg; Rahn

Wirtschaft:
n, Provinzial-
Anzeigen und
Leit.

reich-
ngs-

13.05: Sonder-
entfongert, 15.20:
er Sineswahr-
ten, 16.30:
Befänge, 17.50:
Program der
n Buch, 19.10:
ten Kriege der
11. Danach bis

10.00: Buch und Film.
tunde Hermann
Mittefongert.
rte, 18.35: Ge-
19.00: Englisch,
end, 20.20: Kon-

11.30: Rund-
upplattentongert.
stunde, 16.00:
17.30: Der be-
und als Schul-
b: Wissenchaft.

11.00: Schul-
Bastelfunde.
erbinen, 16.25:
etongert, 18.20:
haltung, 19.40:
perette, 20.20:
18.40: Orchester-
ung der Worte.
Belagenheit
stimmer, Giche,
lauf, Aufbaum,
Beraubung,
nt 2 m breit,
titell, 2 Nach-
1 Prüfertoll,
thle, 1 Bodre,
auf d. Tausch-
leicht beschäbig,
m, 885, — für
192, 880, —
Ostenstraße 1,
Lorenzstraße,

Vor 75 Jahren wurde Artur Nikisch geboren.



Artur Nikisch.

Der berühmte Dirigent des Leipziger Gewandhausorchesters und der Berliner Philharmoniker, dessen Name in der ganzen europäischen Musikwelt unvergänglich bleiben wird, wurde vor 75 Jahren am 12. Oktober 1855 in Ungarn geboren. Die Stadt Leipzig, in deren Konservatorium er als Studiendirektor viele Jahre tätig war, enthält am Geburtstag des großen Toten († 23. Januar 1922) ein Nikisch-Ehrenmal.

Mittags gegen 3 Uhr konnte Obermeister Raimer die zahlreich besuchte Versammlung eröffnen. Nachdem er den geladenen Redner, Herrn Dr. Welter, vom Innungsverband „Rheinland“ Köln, begrüßt hatte, nahm dieser zu einem einstündigen Vortrag das Wort. Der Redner behandelte das neue Brotgesetz mit den dazu erfolgten Bestimmungen und legte klar, welche neuen schweren Pflichten dem deutschen Bäckerhandwerk durch die neuen Gesetze auferlegt werden. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine ausläutenden Worte. Anschließend erstattete Obermeister Raimer einen Bericht über das Versuchsbrot in Krefeld. An Hand von gebakenen Teilen aus der Versuchsbäckerei wurde gezeigt, welches Wohl durch die Zugabe von 80 Prozent Inlandsweizen am geeignetsten ist.

Der zweite Teil der Versammlung wurde ausgefüllt mit einem zweistündigen Filmvortrag „Fests A. Gaus Kulmbach“. Zu diesem Vortrag waren auch die Familienmitglieder nebst Gefallen und Beihilfen der Innung zahlreich erschienen. Das in diesem Film Gezeigte begeisterte allgemeines Interesse und mancher Meister wird es für seinen Betrieb zu verwerten wissen. Am Schluß der Versammlung dankte Obermeister Raimer allen für ihre tatkräftige Mithilfe. Möge die Versammlung aber auch manchem gezeigt haben, daß das deutsche Bäckerhandwerk und mit ihm unsere Innung auf der Hut sein muß, um unberechtigten Angriffen entgegenzutreten zu können.

Noch die Neue kommt zu spät!

Berlin, 9. Okt. (Privatmeldung.) Die Berliner Sozialdemokraten, die vor wenigen Tagen auf ihrer Funktionärskonferenz davon redeten, daß man dem Bürgertum die gepanzerte Faust zeigen müsse, sind überraschend schnell umgekehrt worden. Sie traten letzten Sonntag zu einem außerordentlichen Bezirksparteitag zusammen, auf dem Hilferding das politische Hauptreferat hielt. Hätte Hilferding noch kurz vorher gesagt, die Sozialdemokratie werde vom ersten Tag des neuen Reichstages an gegen die Notverordnung kämpfen und Punkt für Punkt ihre völlige Beseitigung fordern, so erklärte Hilferding jetzt, daß man mit dieser Oppositionspolitik keinen Schritt weiterkomme. Die Notverordnung müsse zwar verbessert, im übrigen jedoch erhalten und in die Form des Gesetzes gebracht werden.

Auch sonst hörte man von Hilferding ganz andere Worte, als sie vier Tage früher Hilferding vor dem gleichen Kreis gesprochen hatte. Hilferding verlangte völliges Verwerfen des Gesetzes; Hilferding knüpfte an die Ausrufung eines seiner Fraktionskollegen an und meinte: „Vielleicht hätten wir jetzt weniger zu tolerieren, wenn wir im alten Reichstag mehr toleriert hätten. So hätten wir vielleicht eine Gefahr vermieden, und zukünftige Erfolge vergrößert.“

Diese Erklärung ist vor allem wertvoll als ein indirektes Eingeständnis dafür, daß die Sozialdemokratie es war, die zum Bruch trieb und den alten Reichstag arbeitsunfähig machte. Schon vor Monaten brüstete sich die rote „Gewerkschaftszeitung“: „Die Sozialdemokratie war es, die die Reichstagsauflösung erzwingen hat.“ Hilferding bestätigt es vollinhaltlich. Damit wird die offizielle sozialdemokratische Lesart, nach der die Mittelparteien den alten Reichstag gesprengt haben, endgültig preisgegeben. Nachdem die Wahl gegen die Sozialdemokratie entschieden hat, möchte man das Geschehene gern vergessen machen und die alte Koalition wieder herstellen, die man selber mutwillig zerstörte. Das hieße die Wahlentscheidung des Volkes verfluchen. Es kann nicht die Aufgabe bürgerlicher Politik sein, die Sozialdemokratie vor den peinlichen Folgen ihrer Fehler zu schützen. Sie hat im vollen Bewußtsein dessen, was sie tat, die Koalition zerbrochen. Wenn jetzt andere sie zusammenleimen wollten, dann wäre es für die Sozialdemokratie ein ganz zu tadelndes Geschäft, die Politik der Verantwortunglosigkeit auch in Zukunft munter fortzusetzen.

Die sozialistischen Gewerkschaftsvertreter in der neueren Krankenkasse, die aus sinnloser Wut über die Notverordnung sogar gegen die aus ihrer folgernde Beitragsermäßigung Opposition vorbrachten, werden morgen vielleicht auch umlernen müssen.

Japaner kritisiert Europa.

Keine Solidarität, wenn man einige Völker wie Verbrecher behandelt.

Berlin, 9. Okt. (Privatmeldung.) Im Septemberheft der „Berliner Monatshefte für internationale Auf-

klärung“ schreibt der Japaner Inagaki Europa einiges ins Stammbuch. Die europäischen Staaten müßten sich moralisch einstellen. Es geben keine europäischen Solidarität, solange man einige Staaten als Verbrecher beurteilt. Das Wort Panuropa habe keine besondere Wichtigkeit mehr, weil es kein Europa gebe, sondern nur europäische Staaten. Europa sei geographisch feststellbar, existiere aber politisch, geistig, kulturell nicht mehr. Die europäischen Staaten suchten ihre Freunde in der Ferne, während die Nachbarn miteinander Krieg führten und sich seit Jahrhunderten als „Erbsünde“ betrachteten. Die Japaner verstanden die deutsche Kultur besser als die Franzosen, die in der Nachkriegszeit Deutschland wie eine abgelegene Wildnis geradezu erst entdecken mußten. Das unchristliche Europa sei Europas Auflösung, wenn man bedenke, daß noch im Mittelalter Deutschland und Frankreich ein Staat gewesen seien, während japanische Bildungsschichten nach bewährtem deutschen Muster aufgebaut wurden. Europa könne die Welt nicht mehr führen. Es habe durch den Weltkrieg und die Vorgänge der Nachkriegszeit seine Autorität in der Welt völlig verloren. Dadurch, daß die Sieger die Besiegten für schuldig am Kriege erklärten, habe Europa seine Fehler verdoppelt.

An Brlands Panuropa kritisiert der Japaner, daß seine Voraussetzung, ein geistig einiges Europa, wie es in der Christenheit des Mittelalters noch bestand, nicht einfach zu erfinden und zu organisieren sei, vielmehr schlichte, selbstverständliche Voraussetzung sein müßte.

„Sportlasten“ der Wirtschaft - in England.

Der „Wohlfahrtsfonds der Bergarbeiter“

Seit Verfalls einbringenden Untersuchungen über „Sport, Wirtschaft, Volksgeundheit“ ist man in Deutschland auf die Tatsache aufmerksam geworden, daß ein ungefahr umgekehrt proportionaler Zusammenhang zwischen der Verbreitung sportlicher Lebensgewohnheiten in der Bevölkerung und der Höhe der öffentlichen Soziallasten besteht. Besonders gilt dieser Satz für die Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung. Der Deutsche Reichsausschuß für Lebensversicherungen leitet daraus die sozialpolitische Forderung her, die Mittel für öffentliche Sportförderung auf die sozialen Ausgaben abzustimmen. J. B. soll der Sportfonds im Reichshaushalt auf ein Zehntel der öffentlichen Soziallasten erhöht werden. Bei der Forderung wird wohl weit von der Erfüllung dieser Forderung entfernt, und auch sonst hat man noch keine Erfahrungen aus der genannten Tatsache gezogen. Zwar ist schon seit einiger Zeit reichsweit anerkannt, daß die Förderung von Lebensversicherungen im Volke zum Aufgabebereich der Sozialversicherung gehört, aber diese Anerkennung scheint in der Durchführung mittels der „Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge“ Theorie bleiben zu sollen. Auch Versuche, gewisse Wirtschaftskreise zur freiwilligen Übernahme von Leistungen nach Art der Soziallasten zugunsten des Sports im Volke zu veranlassen, sind bisher gescheitert. Hier vermag vielleicht einmal ein Vergleich mit einem fremden Lande einen neuen Anstoß zu geben, einem Lande, das wir zwar weder in der sozialen Gesetzgebung noch in Fragen der öffentlichen und privaten Sportförderung als Vorbild zu betrachten gewohnt sind, das aber doch in dieser Richtung mehr erreicht hat als wir: ein Vergleich mit England.

Die englische Sozialgesetzgebung ist in den Grundzügen der unseren ähnlich, eine Unfallpflicht der Unternehmer stellt, enthält Gesetze über Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Armenversorgung. Eine besondere Stellung in diesem Rahmen nimmt das englische Berggesetz (Mining Industry Act) von 1920 mit seinen Bestimmungen über den Miners' Welfare Fund (Wohlfahrtsfonds der Bergarbeiter) ein. Dieser Fonds dient hauptsächlich der Einrichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern, Sportplätzen und Arbeiterclubs, und verdient deswegen unsere Aufmerksamkeit.

Der Fonds wird gespeist aus einer Abgabe des Bergbaus von 1 Penny = 8,5 Pfennigen je geförderte Tonne Kohle. Das ergibt bei einer durchschnittlichen jährlichen Kohlenförderung von 250 Millionen Tonnen eine Einnahme mit Zinsen von rd. 22-23 Millionen RM. Seit 1920 kommt noch eine Abgabe von 5 Prozent vom Werte des Abbaurechts für die jährlich geförderte Kohle (royalties) hinzu. Verwaltet wird der Fonds von einem Zentralausschuß, der sich aus zwei Unternehmervertretern, drei Gewerkschaftsvertretern, einem Vertreter der Grundeigentümer und zwei Vertretern aus dem Bergbauministerium (Mining Department) zusammensetzt. Unter dem Zentralausschuß bestehen in den 27 Minenbezirken Distriktsausschüsse und unter diesen wieder Lokalausschüsse. Die Gelder werden auf verschiedene Art zugunsten des Bergbaus verwendet, sei es, daß die Bergarbeiter allein oder auch die Werke die Nutznießer sind. 80 Proz. der gesamten Einnahmen müssen wieder in den Distrikten angelegt werden, in denen sie aufgebracht wurden. 20 Prozent dienen dem Zentralausschuß zur Verteilung und Verwendung nach nationalen Gesichtspunkten und zwar werden sie etwa zur Hälfte für wissenschaftliche Untersuchungen über Arbeitsphysiologie, Unfallverhütung, Arbeitsphysiologie usw. ausgegeben, zur Hälfte zur Ausbildung von Nachwuchs. Jene 80 Prozent, die wieder an die Lokalausschüsse zurückgelangen, gehen uns hier mehr an, sie werden etwa zu zwei Dritteln für Erholungsanstalten verwendet, zu nahezu einem Drittel für Gesundheitseinrichtungen (technisch-sanitäre Anlagen in den Fabriken, Hospitälern und Erholungsheimen) und mit dem geringen Restteil für Erziehungsaufgaben. Praktisch gesprochen, entfallen also etwa 15 Millionen Mark auf die Anlage von Erholungsstätten. Freilich ist der Begriff der Erholung (recreation) weiter als der des Sports, denn auch ein Bridgeklub, ein Garten oder Park mit Promenadenwegen dienen der Erholung, aber der Unterschied kann doch beinahe vernachlässigt werden. Obgleich wir in Deutschland keinen genau entsprechenden Etatstitel kennen, so können wir doch nach einem Ueberblick über die Sportfonds in den Haushaltsplänen des Reichs, der Länder und der Kommunalverbände sagen, daß wir nirgends ähnlich hohe Mittel für ähnliche Zwecke zur Verfügung haben.

In der überwiegenden Mehrzahl bestehen die zur Erholung geschaffenen Anlagen in Liegeplätzen für die wichtigsten englischen Sports, also in Spielwiesen, oft mit Laufbahn, in Tennisplätzen und Bädern, auch Turnhallen. Meist ist ein Klubhaus für die Arbeiter dabei. Die Spielwiesen tragen durchweg jene herrliche, kurze, stark verfilzte und sehr elastische Grasnarbe, die z. B. besonders aus Schottland bezogen wird;

Turnen, Spiel und Sport.

„Rheinstraß“ Reue.

Heute ist um 8.30 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung. II. u. letzte Mitteilungen für die Jahresturme am kommenden Samstag und Sonntag. Eingelassen sind alle Mitglieder. In der Halle des Gymnasiums ist um 6 Uhr Turnen für die Schüler, von 7.30 Uhr ab für Mitglieder. (Turnabteilung.) Heute zur gewohnten Zeit Turnen in der Halle des Gymnasiums. Morgen (Freitag) Abend findet im Vereinshaus punkt 8 Uhr der Heimabend statt.

Turn- und Sportabteilung „Arminia“.

Alle Arminen werden zu dem heute Abend 8.30 Uhr in der Kapelle des Herz-Jesu-Klosters stattfindenden Religionsvortrag herzlich eingeladen.

„Eintracht“ Bielefeld.

Heute keine Versammlung. Statt dessen Sonntag nach dem Hochamt (10.30 Uhr) Monats-Vollversammlung für alle Mitglieder. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Auch Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

Liebesdrama während der Hochzeitsreise.

Paris, 8. Okt. Gestern hat sich in dem D-Zug Prag-Paris, ein Liebesdrama abgespielt. Ein Ehepaar namens Faber bestand sich mit seiner Frau auf der Hochzeitsreise. Bei der Abfahrt aus Prag hatte sich seine ehemalige Geliebte, eine geschiedene Französin, ihnen angeschlossen. Sie fuhr im gleichen Abteil. Als der Zug den Bahnhof in Riga verlassen hatte, begab sich Frau Faber in den Waggraum. Diesen Augenblick benutzte die ehemalige Geliebte, um Faber mit einem Revolver niederzuschießen.

im deutschen Durchschnittsklima ist sie kaum in gleicher Beschaffenheit zu erzielen. Die Pläne für die einzelnen Anlagen werden von den Lokalausschüssen angelegt; zu ihrer Ausführung dabei sind teilweise besondere Organisationen in den Distrikten angelegt, auch das Ministerium stellt Fachbeamte zur Verfügung. Das Bergbauministerium hat gegenüber dem Miners' Welfare Fund ein Überwachungsrecht; in seinen alljährlichen Berichten wird die Anlage der Pläne kritisiert, mitemer bemängelt, daß die Interessen der Frauen nicht genügend gewahrt werden, daß die Möglichkeit und das Neupersonal der Räume mehr gepflegt werden sollte usw. Man hält auf Ausarbeitung der Pläne auf lange Sicht, auch wenn die Verwirklichung Jahre dauert, die einzelne Anlage soll mindestens 6,5 Hektar groß sein (vgl. den deutschen Normalplatz mit 400 Meter-Quadrat = rd. 1 Hektar) und auf die Bedürfnisse der Kinder (Sand und Blumen) ebenso Rücksicht nehmen wie auf die der Jugend, der eifrigen Sportlänger wie der noch teilnahmslosen; gerade die mittelmaßigen Spieler und Sportleute unter den Erwerbslosen sollen herangezogen werden. Aus diesen Forderungen heraus ist man in den Minenbezirken wie sonst nirgends in England bereits zur Einrichtung von Anlagen gekommen, die in der Grundrissgestaltung wenigstens schon die deutsche Idee des „Sportplatzes“ zeigen. So bestehen z. B. in dem Bezirk der Ocean Coal Company, eines sehr großen Konzerns mit 26 Schächten in Südwales, acht Sportplätze für insgesamt 77 000 Einwohner mit 20 000 Bergarbeitern. Der Unterhalt all dieser Anlagen ist nicht überall gleichmäßig geregelt und wird nicht allein vom Miners' Welfare Fund bestritten; mitemer scheiden die Bergwerksbesitzer erhebliche Summen zu. In dem Bezirk der Ocean Coal Co. besteht eine besondere Vereinigung zum Ausbau und Unterhalt der mit dem Wohlfahrtsfonds geschaffenen Anlagen; diese Vereinigung hat in allen Gemeinden, wo sich ein Schacht befindet, eine Untergruppe, bei der jedes Gemeindemitglied gegen einen Betrag von 1 Groschen wöchentlich Mitglied werden kann.

Als besonderer Typus der mit den Miners' Welfare Fund geschaffenen Anlagen sei noch das Lager (Camp) genannt, das für den Grubenbezirk Süd-Wales in der Nähe von Cardiff an der Küste errichtet worden ist; hierher kommen, allwöchentlich abwechselnd, 120 junge Männer von 14-18 Jahren, die aus ganz Süd-Wales ausgehört sind. Man lebt gruppenweise in Baracken (aber mit Spiel- und Schrebbelstimmern und elektrischer Licht); vormittags wird Sport getrieben (Sportplatz und Freibad sind vorhanden), nachmittags ist Freizeit. Und beim Mittagessen werden die Vorratungsleistungen jeder Gruppe in graphischen Darstellungen verfolgt: Die 8 Tage im Camp werden dadurch zu einem Wettkampf der Gruppen untereinander, und innerhalb der Gruppen entsteht auf diese Weise im Ru ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl. Jährlich kommen 1800 junge Leute in diesem Lager zusammen.

Bemerkenswert ist schon hier in diesem Seelager, noch mehr an den Sportplatz- und Klubhäusern und besonders dann an den Erholungsheimen des Welfare Fund, die gegebene Ausstattung der Räume. Man hat hier denselben Gesichtspunkt wie in Deutschland bei der Anlage z. B. geförderter Umkle- und Waggäume auf manchen neuzeitlichen Sportplätzen. Die Schönheit und Sauberkeit der Räume führt zu einer Disziplin der Benutzer, die ein ständiges Volkserziehung bedeutet. Außerdem ist die gute, kostenlose Aufnahme der Arbeiter im Lager oder im Erholungsheim usw. das beste Propagandamittel gegen den Kommunismus.

Auch die englische Industrie klagt über die Höhe der Soziallasten, die sie tragen muß. Aber der Bergbau klagt nicht über die — nicht niedrigen — Abgaben zum Miners' Welfare Fund. Denn die in der Nähe der Gruben liegenden, aus dem Fund errichteten Sportanlagen mit ihren Klubhäusern erhöhen den Wert der Grube. Sie lassen die umwohnende Bevölkerung mit dem Werte verwachsen und schaffen so einen Stamm verlässlicher, ruhiger Arbeiter. Außerdem erscheint die Belastung deswegen erträglich, weil das aufgebraute Geld zu 80 Prozent wieder am Aufbringungs-ort verwendet wird, und weil die Unternehmer durch ihre Vertreter in den Ausschüssen einen beträchtlichen Einfluß auf die Art der Geldverwertung ausüben können. Wie aber würde sich etwa der deutsche Bergbau zu dem Vorschlag stellen, ein Werk ähnlich dem Miners' Welfare Fund zu schaffen? Der Reichsausschuß für die Bergbaufrage bemüht zu werden, es kann alles auf privater Grundlage bleiben. Die deutschen Turn- und Sportverbände würden sich ein Werk sicherlich aufs Wärmste unterstellen.

Dr. Gerhard Kraus.

*) Diese und alle folgenden Angaben nach der sozial- und wirtschaftspolitischen Reise von Prof. Dr. Ing. W. Müller, „Englands Industrie am Scheitelpunkt“, Berlin 1928.

Unterhaltung und Wissen

Donnerstag, 9. Oktober 1930

Beilage zur Neupost-Zeitung

Jahrgang 57 — Nummer 235

Aus einem Tale des Himalaya:

Stilleben im Dschungel.

Momente, Szenen, Ereignisse.

Von William Beebe.

Es war ein herrlicher Frühlingstag, und die kühle Himalayaluft umfächelte mich. Aber obwohl die Sonne hoch im Mittag stand, drang kaum einer ihrer Strahlen dahin, wo ich auf dem Boden des Dschungels lag. Die Wälder lagen schweigend da, nur das ferne Geknirs der winzigen Vögelchen drang durch die Stille. Vom Fuß des Stammes bis zum obersten Zweig trug jeder Baum einen dicken Moosmantel mit Hängegeräten — langen zottigen Quasten aus Grün und Braun, die alle Umrisse weich gestalteten und jede Verdichtung noch mehr betonten.

Mein großer Feldblut ragte aus dem Dschungelboden heraus, flechtenbehaftet und moosgepolstert und von dichtem Laubwerk überschattet. Vor mir umschlossen sieben große Eichen eine kleine düstere Blöße; alle neigten sich leicht einander zu, als tagten sie in verschwiegener, feierlicher Versammlung. Ein Jovielliststreif fidierte durch ihren grünen, schwanfenden Vorhang, und dann und wann fiel ein glühender Wassertropfen von irgendeinem Moosstalliten nieder, blühte einen Augenblick auf, wenn er einen Lichtstrahl querte, und verschwand schweigend, vom Schwamm des Bodenteppichs aufgesogen.

Als ich in solcher Umgebung dalag und hoffte, irgendwelche Dschungelbewohner zu Gesicht zu bekommen, wurde das Dämmerlicht auf einmal noch trüber und zerstreuter. Dann zog ein dumpfes Brausen durch das Moos heran, und nach einem plötzlichen Tropfenhauer von dem regenfeuchten Laubwerk kam ein Vollenklang nach dem andern durch die Blöße und hüllte den Dschungel in Schall und Klang. Aus der Schneewelt mir zu Füßen drückte sich die kalte Luft ins Tal gefenkt. Die feuchte Geknirs war unterwegs durch die höhergelegenen Magnoliastämme gefegt und hatte sich dort oben auf den fernen Berggipfeln, ein bis zwei Kilometer über mir, bei den großen windgeschaukelten Blüten mit süßem Duft getränkt, und nun war die Luft der Dichtung voll der Süße.

So schnell wie er gekommen, strich der kühle Hauch vorüber; die Wolken trieben weiter durch das wehende Moos, und die Sonne kam wieder hervor.

Eine lange niedrige Bank im Felsteppich verriet einen vor vielen Jahren gestürzten Baum, der jetzt vermoderte. Plötzlich erschien darüber das schmale, scharlachfarbige Köpfchen einer Fasanenherme. Sie langte hinauf, schnappte ein Kästchen von einem Zweig, spülte einen Augenblick in der Waldblöße umher und verschwand. Die Farnen schlossen sich über ihr zusammen; aber bald zitterte ein paar Meter weiter am Baumstamm ein Farnwedel, den sie streifte. Sie brütete zweifellos in wenigen Minuten wieder in sicherem Versteck auf den sieben Eichen, die ich bereits am jenseitigen Ende des Baumes ausfindig gemacht hatte. Dort sah sie nun den Rest des Nachmittags verborgen und wartete geduldig die Mitternacht lebendig — ihr geprengeltes Gefieder das Ebenbild des braunen Mooses und des nassen Laubes.

Dann kreuzten zwei weitere Himalayabewohner einen Augenblick lang meinen Weg, zwei ganz verschiedenartige Geschöpfe. Ein gelbrüdriger Sonnenvogel tauchte auf, unvermittelt, wie aus dem Nichts geboren und schön wie aus einem unbekannten Märchenland. In eine Flut von Sonnenlicht getaucht, lobte das Gefieder in metallener Glut. Vom Schnabel bis zur Kehle prangte das Tierchen hintereinander grün, kastanienbraun, olivenfarben, leuchtendgelb, grün und schwarz, während die Brust von reinem Zitronengelb war, mit feuerroten Flecken. Ein Geschwür im Farnkraut veranlaßte mich, wegzulaufen; langsam tappte ein halbausgewachsener Farn vorbei, hinter einer Seite der Blöße eben noch zu erkennen. Das schwarze Ungeheuer kam nicht als Störenfried; ruhig schob es durch das Unterholz und war bald dem Blick entzogen. Als ich mich nach dem Sonnenvogel umsah, war er gleichfalls fort.

Am Spätnachmittag kamen zwei Störche dicht zu mir heran. Sie blieben beim Queren der Dichtung häufig stehen, um Farnspitzen oder Moos zu knabern. Der eine war lachstrotz, der andere

braun, eine Samburchindin mit ihrem fast ausgewachsenen Neßfals. Ihre Ränder glänzten in dem trüben Abenddämmer und spielten rändig — wie Ohren und Rüstern auch — um die Umgebung nach Gefahren abzusuchen. Ich war gut versteckt und außerhalb des Bereichs ihrer Witterung; doch entging ihnen kein Geknirschen oder Vogelstacheln; keine Bewegung eines Schattens, kein Zittern moosbewachsener Zweige ließen ihre scharfen Sinne ungeprüft. Ihr Leben schien eine einzige große Angst, eine nimmerendende Wache gegen den Tod. Und hier lag ich, einer vom Geschlecht ihrer furchtbaren Feinde, die Wälder schwebte. Aber wer hätte die wundervollen Tiere in diesem Augenblick niederfallen mögen?

Die auffälligsten und muntersten von den niedrigen Dschungelbewohnern waren goldflügelige Lachbroseln, stämmige Kerle in graugrünerem Braun mit schwarzen, weißen und grünlich-goldenen Flecken dazwischen. Stimmlich betätigten sie sich kaum, machten aber dauernd großen Spektakel zwischen den Blättern und dem Abfall auf dem Dschungelboden. Sie traten paarweise auf; wenn sie umherirrten, hörte es sich an, als habe man einen ganzen Trupp vor sich. Hin und wieder hüpfen sie auf einen niedrigen Zweig und gaben ein lustiges Quetzeln zu hören, ein urplötzlich hervorgerissenes beiderseitiges Geschrei. In der Stille der dickeren Gassen wirkte es so unangebracht wie die Pöffen eines Hanswurstes in einem Dom.

Die untergehende Sonne fand in der Moosbedeckung manche Lücke, und die Dichtung wurde heller als zur Mittagszeit; die langen goldenen Streifen fluteten tief herein in die Dichtung und wandelten das Moos in goldenes Spitzenwerk, die Farnen in gelbgrünes Filigran. Neue Vogelstimmen drangen an mein Ohr, zwei immerwiederkehrende Klänge, die schließlich alles Leid und Schicksalswalten der Wildnis zu verkörpern schienen. Beim ersten Ruf der hereinbrechenden Nacht verstummte indes der Herold der Tagesstille; das tiefe, mürbische Gäh! Gäh! eine Gule kündete die noch viel furchtbarere Vertiefung von Leben und Tod in jenen Dschungel, wo das Licht der Sonne entschwunden war.

Kurz danach ließ mich ein Flügelschwirren aufschauen, und beifällig zu erkennen, schaukelte ein Paar Schwarzrückenfasanen auf niedrig schwanfendem Zweig. Eine kurze Zeit lang unterhielten sie sich miteinander in jenem dumpfen Kullern, das für diese Gruppe Fasanen bezeichnend ist. Die braune Fenne ließ sich dann wieder auf den moosüberzogenen Baumstamm nieder, warf wie zuvor einen einzigen habenden Blick in die Runde und verschwand an derselben Stelle unter den Farnen, um zu ihren Eiern weiterzulaufen.

Der Gahn erlöste das Abenddämmerlicht um Zweig, strich darauf zu einer Eiche hinüber und kletterte auf seiner Baumleiter weiter, bis er fast die Höhe meines Auges erreicht hatte. Dann trat er auf einen ansehnlichen Ast auf der jenseitigen Seite des Stammes und stand dort ein paar Minuten, nach allen Richtungen äugend, unter beständigem Kullern; seine Wespel war eine Bekräftigung vor den Gefahren der Nacht. Dann rüpte er träge an einem vor ihm baumelnden Moosfaden, zupfte eine Schwungfeder zurecht und ließ sich mit einem leichten leisen formlosen Moosbüscheln. Verschommen erschien mir sein scharlachrotes Gesicht in der Witterlinie meines Wäldchenlaufes; doch mochte ich wieder für die Wissenschaft noch für die Speisefammer auf ihn abdrücken. Als das Licht so schwach geworden war, daß der Vogel mit den Moosgebilden ringsum verschmolz, trock ich zurück, glitt von der moosgedämpften Fläche des großen Felsflosses herunter, redete mühsam die steilen Glieder und trotzte auf dem Moospfad lagervort.

Die Nacht sollte für das Fasanenpaar ein Verhängnis bringen. Als ich am nächsten Tage an dem Baumstamm vorbei kam, wo die Fenne hätte brüten sollen, erregte etwas Weißschimmern meine Aufmerksamkeit. Ich bog die Farnen auseinander

Nach 33 Jahren!

Andreas Heimkehr nach Stockholm.



Der Trauerzug

mit den Särgen Andrees und seiner Gefährten bewegt sich zur Kirche, wo die Gebeine der schwedischen Polarforscher von Erzbischof Edberg eingeseinet wurden, um nach vierjähriger Aufbahrung im Stockholmer Krematorium verbrannt zu werden.

und fand die sieben Eier aufgeschlagen. Ringsum war alles mit Gierchalen bestreut und mit Eigelb bedeckt, das ein Meer aufgeregter Ameisen bedeckte. Die Verwüstung war in der Nacht geschehen; die Nachprüfung ergab, daß Freund Braun der Missetäter war. Tritte und Fährten waren unverkennbar. In diesem Falle lag nun freilich keine böse Absicht vor; er hatte zweifellos nach Eingerlingen, Knollen und Beeren gesucht und blindlings an den gestürzten Baum geraten. Aber bei dem plötzlichen Auftauchen seiner großen Laxe war die Fasanenmutter in schneller, erschreckter Flucht davongekoben. Man kann sich vorstellen, wie er nach dem unerwarteten Flügelschwirren lästern die Eier beschupperte, das Gelege zu einem wahren Trümmerschaufel geschlug und hochbefriedigt die Schalen und seine dottertriefenden Lagen abledete. So waren sieben künftige Fasanenleben vernichtet worden. An manchen Morgen hörte ich danach in diesem Waldstück ein unregelmäßiges Trömmeln; es war sicher ein erstes Zeichen, daß ein neues Fasanenheime entstand.

Am 6. Feb.: William Beebe, Professor der Zoologie an der Universität Neupost, ist einer der feinstimmigsten Naturforscher, der genaue und liebevolle Beobachtung mit dichterischer Gestaltung zu vereinen weiß. Den vorliegenden Abschnitt entnehmen wir mit Genehmigung des Verlages H. W. Brockhaus in Leipzig seinem neuesten, soeben erschienenen Werk: „Im Dschungel der Fasanen“.

Der Mord beim Oppenheimer.

Ein Dachauer Moosdrama von Fritz Schöhl (Dachau).

Range vor dem großen Kriege, damals, als man das Dachauer Moos, die weite, vor München liegende Moorlandschaft, noch „Ginter-gschert-Indien“ nannte, wars Sonntags immer lustig in den einsamen Wirtschaften draußen. Da saßen sie nachmittags eng beieinander in der kleinen Wirtschaft beim „Oppenheimer“, die Moosbauern. Da war der Hinterrader und der Moosrainer, der Gupfauß und der Dimpf, der Böler-Gans und der alte Steffi-Jack und wie sie sonst noch alle hießen: die „richtigen Leut“.

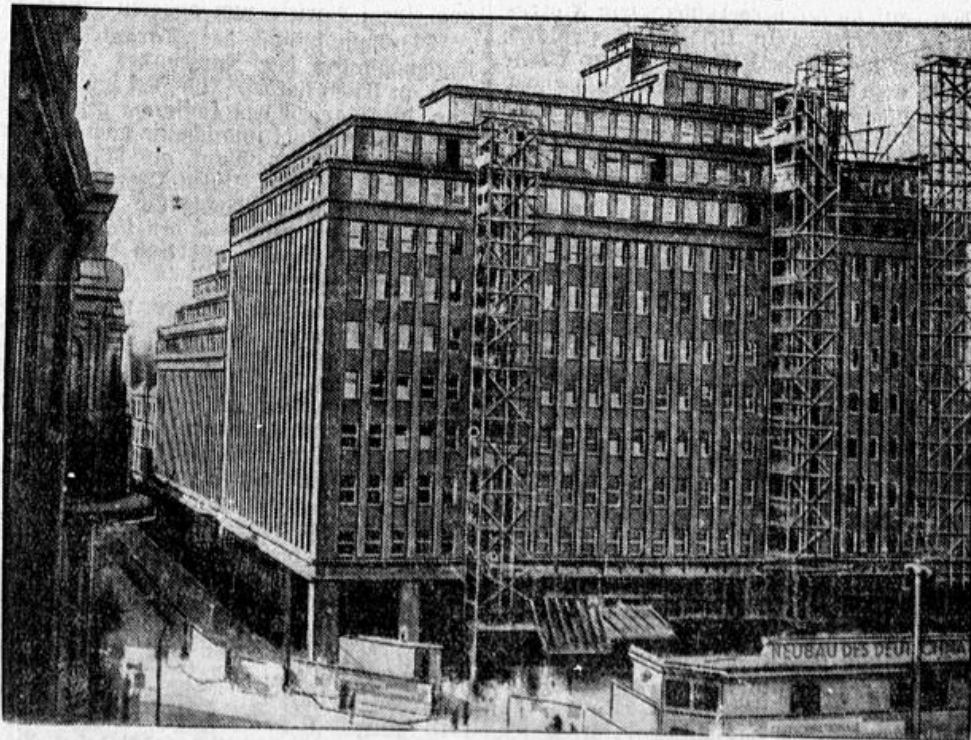
Lustig wurde es immer, aber während der ersten zwei Maß Bier ging ernstes Männergespräch der Lustbarkeit voraus, besonders wenn der Herr Kommandant, der Landshandarm, dabei war, und da erzählte der alte Steffi-Jack von goldenen Zeiten, wo die Maß Bier noch sechs Kreuzer gekostet hatte beim Unterbräu in Dachau.

„Aber die alte bayerische Maß“, sagte er nachdrücklich, „die wo fünf Quartl gehabt hat, verstanden! ... Uns selbige Zeiten ham' er noch an richtigen Renig g'habt im Bayersland, den Ludwig, und keine Preußen nicht! ... Wo kommen denn die schlechten Zeiten her, die ganz miserablen? — Bloß von die Preußen, die wo überall die Geshetteren sein wollen mit ihre Schwollschädel! ... Das war noch a Leben selbige Zeiten! ... Aber heuttags weißt ja gar nimmer was einwendig is und was außen vor lauter Steuern und Abgaben und Sach überanand! ... Mir red't ja bloß, aber was Recht is muß Recht bleiben und in dera Dicken kanns nimmer weiter gehen! ... Und besser kanns auch nicht werden, bevor daß kein Krieg nicht kommt — Wirtin, i möcht an Lüneburger Rast.“

Und bedächtig nickten sie alle Beifall, der Hinterrader und der Moosrainer, der Gupfauß und der Dimpf, der Böler-Gans und der Herr Kommandant und all die anderen richtigen Leut, und schwermütig ließen sie sich die Maßtrüge wieder fällen, die wo bloß vier Quartl hielten.

„Aber wißt's Manner“, fuhr der Steffi-Jack fort, „da laß i mir den Herrn Kommandanten dader eingehen, da muß man einen Reschbedt haben vor einem solchen Mann, der wo keinen Stolz nicht kennt! ... — Was is, Herr Kommandant,

Nicht Amerika — sondern Hamburg.



Der neue Neuenbau des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes am Holstenplatz in Hamburg geht jetzt seiner Vollendung entgegen.

„Was ist das, 'Bräuber'?" In Bittel um drei Pfennig und an Nord um a Pfennig! Der Dimpf tut mit und der Hintermayer, nachher san mer zum vierten beinand."

„Ich tu schon mit," meinte der Schandarm, „freilich, aber deuten der's nicht und 'sammeln spielen, indem das das Falschspiel gegen meine amtlichen Befugnisse verstößt."

„Herr Kommandant," beteuerte der Hintermayer, „das kommt bei uns gar nie nicht vor, weil mir gar nicht aufpassen, was für eine Karten das hint' eingemerk't ist. — Oppenheimerin, die g'spielt' Karten um a Zehner! ... Also: fürs Kartengeld kommt bei an jeden Bettel a Pfennig hint' aus! und beim Nord aa. — Heben ums Geben! Die erste Sauas gibt. — Herr Kommandant fangen's an."

Der Schandarm mischte die Karten, ließ abheben und gab. „Paß", sagte er dann. „Steffi-Jack?"

„Rix haben is a leicht's Hauswesen."

„I tu an Nord — d' Schellenau möcht' il' rief nun der Hintermayer und legte seine Austauschkarte verdeckt auf den Tisch. Aber der Dimpf rief:

„I hab an aufgelegten Bettel — morben kannst. Dein Schubarren deßtermall!" und wollte schon seine Karten auflegen. Aber der Hintermayer drückte sie ihm mit der flachen Hand gegen die Brust und schrie:

„Nacher tu i mein Nord ungerufenet! — grad, daß du net Rechts hast, du pfundnaster Ruach (Nimmerfakt), du pfundnaster!"

„Mit dem Nord werst' aber sauber austrutschen — Kart aus!" und alles stach der Hintermayer. Schon wollte er den letzten Stich einziehen, da packte ihn der Dimpf beim Handgelenk, daß die Knochen trachten:

„Wo hast' an Eichelsteiner, haß?"

„Den hab' i ja gar net g'habt — laß aus Hanswurst!"

„Gast' n ja grad aufgelegt, wo's die Schellenau gerufen hast — der Eichelsteiner is ja eingemerk't hint'! — Aus-schmieren tat er uns, der Gaderlump, der verdächtige, haut's n untern Tisch nunter, den Schleicher, den Kropfeten!" schrie der Dimpf und hielt das Handgelenk des Hintermayer nach wie vor eifern umkrallt. Dann trank er geschwind seinen Maßtrug aus und schlug ihm den Hintermayer auf den Schädel, daß er splitterte — der Maßtrug natürlich. — Nun riß sich der Hintermayer mit einem gewaltigen Ruck los, griff in die Hosentasche, und im nächsten Augenblick zuckte das blanke Messer in seiner hochgehobenen Faust. — Der Schandarm zog sofort das Notizbuch, um den Tatbestand aufzunehmen, und der Dimpf wollte dem gefährlichen Messerhieb ausweichen. Aber es war nicht mehr notwendig, denn die Wirtin hielt den Hintermayer mit beiden Händen fest beim Krawatt, und verblüfft ließ der wütende Räuber das Messer sinken. —

„A Ruha muß sein, farenbill!" schrie sie ihn mit blühenden Augen an, aber es war schwer zu sagen, was da blühte: Friedensliebe oder Kampflust.

Und bald saßen sie wieder friedlich-freundlich und eng beisammen, der Hintermayer und der Moosrainer, der Supplaus und der Dimpf, der alte Steffi-Jack und der Herr Kommandant und wie sie sonst noch alle hießen, die „richtigen Leute".

„Aber mit dem Nord bist ausgerutcht, Hintermayer", meinte der Dimpf. „Wer gibt denn?"

Dies und Das.

Das Banghaar — ursprünglich eine Fierde der Männerwelt! Lange Haare, kurzer Sinn — dieses früher viel zitierte Wort hat im Zeitalter des Pubistopfes natürlich seinen Sinn verloren. Ja, es droht sich gegen dasjenige Geschlecht zu richten, das es erfunden und zitiert hat; denn das Dandylum schreibt heute für den Herren ein langes, welliges oder lockiges Haar vor, so daß manche junge Herren bereits nicht weniger oft und lange beim Haarfriseur sitzen als die Damen. Ob man darin — d. h. in der langen Haartracht der Männer, nicht etwa in den langen Schlingen beim Friseur — nun allerdings so ohne weiteres eine Unnatur zu sehen hat, steht noch dahin. Es ist keineswegs so, daß von Natur aus den Männern kurzes und den Frauen langes Haar angeboren sei. Sondern wenn diese Regel bisher bei uns gegolten hat und trotz des Pubistopfes immer noch gilt,

Tarantella.

Ein exotisches Abenteuer.

Roman von Harald Baumgarten.
Copyright 1928 by Georg Müller Verlag Aktiengesellschaft, München Printed in Germany.

Via lachte. „Bin selbst hereingefallen, hielt den Kerl für einen vertrackten Wadigen. Er schreibt für ein Stundblatt in Berlin Artikel und treibt sich auf den Rennplätzen umher. Jetzt merke ich, daß es ein ganz gemeiner Gauner ist, der mit uns wohl Geschäfte machen will. Verzeihe, unsere Kompagnie ist groß genug. Aber nun zu Wichtigem. Also ich sehe zu, daß ich auf die „Tarantella" komme, und du?"

„Ich habe dir schon mehrere Male gesagt, da sich dringend Geld brauche. Ich fahre so schnell wie möglich nach Essex."

Einberstanden, Jack, daß auf, du nimmst Hauptquartier in Chelmsford unter dem Namen, — na sagen wir schon — Dr. Watt. Dorthin sende ich die Funktelegramme in unserer Schiffsfahrt, so wie sich das irgendwie ermöglichen läßt. Boleur begleitet dich als Diener. Alles Nähere besprechen wir zusammen. Komm jetzt!"

„Ich gehe hier nicht raus, Via, du weißt doch, daß der verdammte Neger und der Kapitän hier herumspionieren. Habe keine Lust, ihnen in die Hände zu laufen. Der Besuch eben war unangenehm genug."

„Du bist feig geworden, Jack, in Salvador!" Ihre Stimme klang hart. „Freiglinge kann ich nicht brauchen!" Sie wandte sich zur Tür.

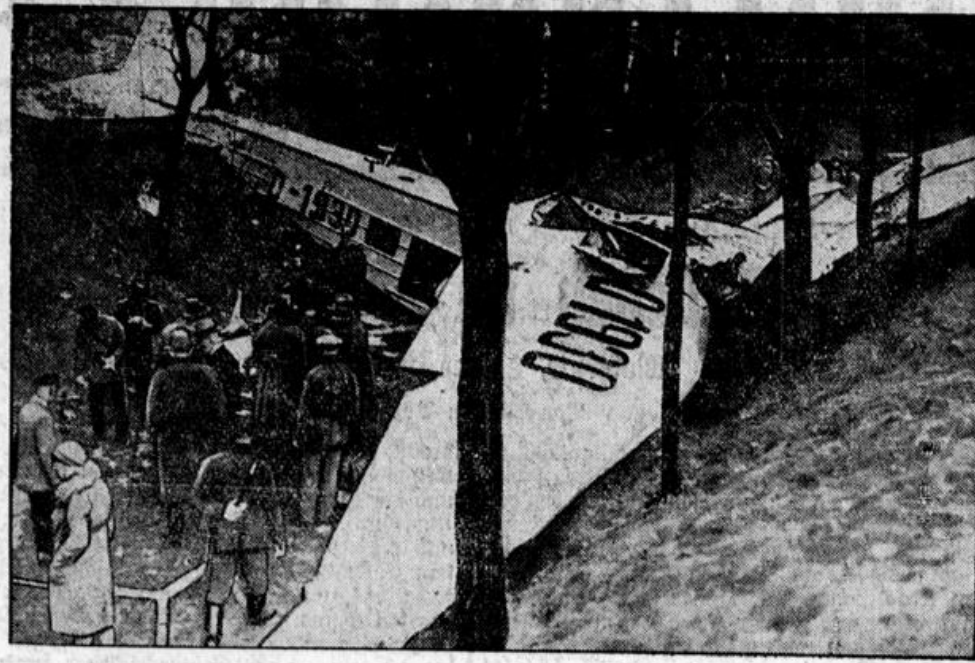
„Aber Via", — Jack sprang auf. „Ich bin ein wenig nervös geworden von all den Aufregungen, aber ohne Verkleidung laß ich mich in Hamburg nicht sehen. Was will der Yankee denn überhaupt in der Südsee, kannst du dir einen Ders darauf machen?"

„Ich bin kein Seher und kein Prophet, aber er wird einen Grund haben, und den werde ich vielleicht morgen schon erfahren. Also setz meinethwegen deinen Zopf auf, und zieh deine chinesischen Kleider an. — Wir treffen uns um neun Uhr im „Grünen Baum!"

Via stand jetzt dicht hinter Ebersstein. „parle-t-il français?" überall um. Es war niemand zu sehen. Sie bespöttelte sich selbst. „Der Jack hat mich angelockt mit seiner Gelsenpferfuch!"

Als Via gegangen war, wollte Jack das Fremdenblatt lesen, da bemerkte er erst, daß der Fremde die Zeitung aus Versehen eingeklebt hatte. Schnell warf er sich in seine Verkleidung

Das schwere Flugzeugunglück bei Dresden.



Die Trümmer des Verkehrsflugzeugs D 1930 bei Dresden-Neustadt. Bei dem Absturz, der durch eine Fallboe verursacht wurde, fanden sämtliche 8 Insassen den Tod.

so ist dies eben nur eine Regel, eine Gewohnheit. Von Natur aus scheint in dem Haupthaar zwischen Mann und Frau kein Unterschied zu bestehen. Wenn man das Haar nicht schneidet, wächst es bei beiden gleich lang. Bei anderen Rassen bestehen denn auch tatsächlich keine Unterschiede, so zum Beispiel bei den Chinesen, die das Haar ohne Unterschied des Geschlechts lang tragen, ebenso bei den Negern, denen das kurze, wollige Haar, gleichfalls ohne Unterschied des Geschlechts, eigen ist. Bei den Indianern dagegen gilt das lange Haar als Kennzeichen der Männlichkeit; die Männer tragen infolgedessen das Haar länger als die Frauen. Fast könnte es scheinen, als ob dies in gewissem Sinne der Wille der Natur sei. Denn ein Blick auf die Tierwelt belehrt uns, daß gerade das Männchen sich durch Haar- und Federbesatz auszeichnet; so trägt der Löwe eine Mähne, die Kowin nicht; der Hahn führt seinen Federbusch spazieren, nicht die Henne. Und auch bei den Vögeln ist meist das Männchen durch ein farbenprächtigeres Federkleid ausgezeichnet. Bei den Naturvölkern scheint das lange Haar der Männer denn auch die Regel zu sein. Auch bei den alten Germanen haben die Männer ja langes Haar getragen; das kurze Haar war das Zeichen der Unfreien und Sklaven. In der Mongolei und dem Jap des 18. Jahrhunderts erlebte das lange Haar dann noch einmal eine gewisse Auferstehung. Erst seit etwa eineinhalb Jahrhunderten besteht die neuzeitliche Sitte des kurzen Haars bei der Männerwelt.

Beethoven ist viel „gefragt".

Kürzlich wurde eine Vortragsreihe über Komponisten und ihre Werke, die fortlaufend mehrere Wochen im englischen Rundfunk stattgefunden hatte, beendet. Bei dieser Gelegenheit bat der Vortragende seine Hörer um eine Mitteilung, welche Komponisten der einzelne am meisten schätzte. Ueber die Hälfte aller Einsender entschied sich für klassische Musik, allein 20 Prozent aller Einsendungen fielen auf Beethoven.

Training ist Alles.

Die amerikanischen Reporter haben als neues Opfer ihrer bis ins Einzelne gehenden Interviews Amerikas schnellste Stenotypistin, Miss Rose V. Frick, aufs Korn genommen. Diese junge Dame hat schon vierzigmal bei Schnellschreibkonkurrenzen erste Preise davongetragen. Einem Zeitungs-

mann erklärte sie, das Schnellschreiben sei für sie dasselbe wie für einen Fußballspieler der Wettkamp und sie verwende auf jedes Wettstreben vorher lange Zeit zum Training. Schon mit 15 Jahren leistete sie im Schnellschreiben Außerordentliches und heute vermag sie in der Minute 265 Worte zu schreiben.

Buchführung.

Das junge Paar kommt mit dem Gehalt nicht aus. An jedem Wochenende sitzen er und sie betrübt zusammen und fragen sich verzweifelt, wo nur wieder all das Geld geblieben sei. Die junge Frau kommt auf die abenteuerlichsten Ideen. Ob sie womöglich gar von jemand regelrecht bestohlen werden? Schließlich schlägt ihr der junge Herrmann vor, sie sollte sich ein Wirtschaftsbuch anlegen und jede einzelne Ausgabe notieren. Begeistert greift sie den Plan auf und kauft ein dickes Buch.

„Versteht Du auch etwas von Buchführung?" scherzt er.

„Und ob!" erwidert sie.

Nach einer geraumen Zeit kommt der Herrmann auf dem Gedanken, sich mal das Buch anzusehen. Er schlägt es auf und findet folgendes eingetragen:

Eine Briefmarke	15 Pf.
Einmal einem Bettler	5 Pf.
Für den Kanarienvogel Futter	60 Pf.
Einmal Straßenbahn	20 Pf.
Verchiedenes	117 Mark

Raketenauto als Feuerwerk.

Das St. Vituskatholisch nicht stirbt, dafür sorgen schon seine getreuen Jünger. In Wien verbot die Polizei einem Ingenieur die Vorführung eines Raketenwagens. Die mit Argusaugen auf die Erfüllung der Paragraphen wachende Gendarmerie hatte nämlich eine Verordnung aus dem Jahre 1774 entdeckt, nach der Luftballons pyrotechnischer Art nicht vor Eintritt der Dunkelheit veranlassen werden dürfen. Der Ingenieur muß nun wohl oder übel außer Landes seinen Wagen vorführen.

Panflavin
PASTILLEN
(Acridinlinderivall)

Zum Schutz gegen
Grippe
Erkältungskrank-
heiten, Mandel- u.
Halssentzündungen

und schließlich durch den Kellergang zu der chinesischen Plätterei hinaus.

Zur gleichen Zeit saßen Ebersstein und Schmalow in einem Auto und fuhren nach dem Rathweinfelder.

„Also da haben Sie die Zeitung, mein Lieber," sagte Schmalow, „die dritte Annonce auf der letzten Seite ist aus-geschnitten."

„Danke schön", Ebersstein drückte auf den Gummiball. „Beim nächsten Zeitungsfund halten!"

Der Schauffeur nickte.

Am nächsten Morgen stand Via Oh auf den Landungsbrücken. Sie hatte sich „auf solide" hergerichtet. Ein Florentiner bedeckte den roten Pubistopf, ein fleisames, einfaches Kostüm umschloß ihre noch jugendliche Gestalt. In der Handtasche ruhten die nachts angefertigten Zeugnisse. Auch einen Paß hatte Kowalewski, der in solchen Sachen Meister war, zustande gebracht. Und nicht leicht konnte jemand an den Papieren, die auf den Namen Emmy Richter lauteten, etwas Verhängliches finden. Einer gar zu scharfen Kontrolle war sie wohl auf einer Privatbacht nicht ausgesetzt.

Ein alter Schiffer fuhr sie zur „Tarantella", die ein Stückchen elbwärts vor Anker lag. Er fühlte sich verpflichtet, mit seinem jungen Fahrgast einen kleinen „Klentsche" anzufangen. „Na, Fräulein, schmeckt's denn die „Tarantella" tjä, was so die riechen Nit sind. Insefrens fährt mit so ner ollen Holzwanne sein Leben lang."

Ein Schlepper fuhr an ihnen vorüber. Das Boot geriet ins Schwanken. „Na, man nicht ängstlich, Fräulein, zum Erlaufen sind wir beide noch viel zu jung."

Via hatte keine Lust, das Gleichmaß des Schiffers zu beantworten. Das Herz klopfte ihr doch ein wenig, als der weiße Rumpf des Schiffes immer höher aus dem Wasser herauswuchs. Einen Moment war sie beinahe entschlossen, dem Schiffer zu befehlen, umzukehren. Aber dann biß sie sich auf die Lippen. Sie wollte ihren Willen haben. Von all ihren Freunden war ihr Jack immer der nächste gewesen. Uneingestanden trieb sie die Begierde, Mary See näher kennen zu lernen; denn sie fühlte, obwohl es Jack zu verbergen suchte, daß sein Interesse für sie selbst nachgelassen hatte, wenn auch „geschäftliche" Rücksichten ihn zwangen, ihr die frühere Liebe vorzutäuschen.

Die Abenteuerin liebte das Leben, das glänzend im Genuß der Stunden ohne Rücksicht auf morgen oder gestern dahinfloß. Was Jack offenbar nicht gelungen war, das Herz der kleinen dummen Mary See zu gewinnen, ihr, der reifen, in allen Liebeskünsten erfahrenen Meisterin, konnte es glücken,

diesen käppischen jungen Yankee einzufangen. Sie kannte die Macht, die von ihrer voll erblühten Schönheit ausstrahlte. Überall, wo sie auftrat, lagen ihr die Bewunderer zu Füßen, ohne daß sie mit anderem, als mit ihrer Schönheit und ihrer Kunst wirkte. Via Oh, der Varietéstark, bekannt als internationale Lebedame, träumte mit offenen Augen von bisher ungeahnten Möglichkeiten für ihre Zukunft, während das Boot die Elbe herunterglitt und der alte Seebär, unwillig über seinen schweigenden Fahrgast, in seinen Bart brummte.

Vielleicht wäre es doch ganz gut, das Leben auf seiter derer zu versuchen, die man bis jetzt mit allen Rissen bekämpft hatte. Es wäre wohl angenehmer, die Freundin des reichen Yankees zu sein, anstatt auf schmieren Agenten feilschend von einem Variete zum anderen gehetzt zu werden.

Die Dampfmaschine der „Tarantella", die in stierlichen Ketten Goldschrauben den Namen des Mutter Schiffes trug, sauste eben an ihnen vorbei. Am Heck sah ein hübsches junges Mädchen, die Wangen von Hoffnung gerötet. Sie hatte den Kopf rückwärts gewandt und schaute nach der Nacht, in ihren blauen Rinderaugen einen Glanz, als sähe sie schon die Palmen an sandiger Küste dem Stillen Ozean zuwinen.

„Dumme Pute", dachte Via, die sofort eine Konkurrentin ahnte, „mit dir nehme ich den Kampf noch auf!" Und sie zog noch einmal schnell mit dem Stift das weiße Oval ihrer blühenden Lippen nach.

Strecke stand am Fallreep, während Mary und Ralph am Deck promenierte. Auf dem Schiff herrschte bereits die Aufregung der baldigen Abfahrt. Lebensmittel wurden eingenommen. Der Schiffingenieur überprüfte die Maschinen. Matrosen saßen auf Deck und schrieben Postkarten an ihre Angehörigen, denn wenn auch Streck eiserner Disziplin hielt, so schloß doch aller militärischer Drill, und Ralph behandelte seine Leute mehr als Sportskameraden wie als Untergebene. Es wäre auch feiner gewesen, der nicht sein Leben gern für Ralph eingestrichelt hätte.

Streck hielt die Hand über die Augen. „Ma", rief er zu den auf Deck Auf- und Abgehenden, „da kommt wieder eine", setzte er kopfschüttelnd hinzu, „das Reifeseier steckt dem Deutschen im Blut; und wenn wir in der Fremde sind, dann können wir es kaum aushalten vor Heimweh nach dem nebeligen Hamburg."

„Was meinen Sie, Streck, zu der jungen Dame, die sich eben vorgestellt hat?" fragte Ralph.

„Es war ein reizendes, bescheidenes Mädel, mir gefiel sie!" fiel Mary sofort ein.

(Fortsetzung folgt.)